:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 24.4.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Nazi-Aufmarsch am 1. Mai verhindern!

FRANKFURT. Die Anti-Nazi-Koordination und der DGB rufen mit einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, dem für den 1. Mai angemeldeten Nazi-Aufmarsch in Frankfurt entgegenzutreten. Bei Redaktionsschluss war bekannt, dass von den ursprünglich zwei Anmeldungen von Nazi-Gruppierungen eine fallengelassen wurde. Die zweite liegt weiterhin vor. Ort und Zeit sind aber nicht festgelegt. Um mit der Mobilisierung nicht weiter zu warten, ruft die Koordination deshalb alle AntifaschistInnen auf, sich am 1. Mai am Ostbahnhof um 9 Uhr zu versammeln, um von dort aus den eventuell stattfindenden Aufmarsch zu blockieren. Die Koordination weist darauf hin, dass die Nazis in diesem Jahr verstärkt in demagogischer Form Stichworte der globalisierungskritischen und Anti-Kriegs-Bewegung aufgreifen.

Infos: www.frankfurt.org/info ■

1. Mai 2003: Frieden, soziale Gerechtigkeit – Kein Platz für Neo-Nazis

Naziaufmarsch am 1. Mai in Berlin – Die BVG informiert

Die Berliner Verkehrsbetriebe verteilen zur Zeit einen Flyer zum bevorstehenden Naziaufmarsch am 1. Mai in Berlin, der von der NPD angemeldet wurde. Mit Linien- und Ortsangaben, fast eine Art Aufforderung an die „Normalbevölkerung“ zur Teilnahme an den Gegenaktivitäten. Klar verweisen sie auf die vielen Opfer rechtsextremer Gewalt in den letzten Jahren und rufen zu Zivilcourage an diesem Tag auf, wenn Übergriffe beobachtet werden.

Quelle: de.indymedia.org ■

Aus dem Inhalt:

Die Kriegsverbrechen des Friedrich Engel 7
FN-Kongress in Nizza 10

Regenbogenfahnen und Friedenstauben auf dem Hamburger Ostermarsch, Foto: ND

Zehntausende bei über 100 Ostermärschen

Zehntausende Menschen haben sich während der Ostertage an den Aktionen gegen Krieg beteiligt. In insgesamt 105 Städten fanden Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradstafetten oder Mahnwachen statt, gab das zentrale Ostermarschbüro in Frankfurt bekannt.

Die größten Ostermärsche fanden in Hamburg (8000), in der Kyritz-Ruppiner Heide (5000), in Düsseldorf (5000), Stuttgart (4000) und Kassel (3000) statt. Ebenfalls etwa 3000 Menschen beteiligten sich in Berlin. Vom Platz der Vereinten Nationen zum Mariannenplatz, wo ein Friedensfest angekündigt wurde, bewegte sich der Demonstrationszug. Das Spektrum der teilnehmenden Menschen war breit, wie bei Ostermärschen üblich. Wie auch in anderen Städten kamen weniger Menschen als erhofft. Zum Vergleich: Während des Kosovo-Krieges nahmen allein in Berlin am Ostermarsch mehr als 10.000 Menschen teil. Allerdings fanden diesmal in wesentlich mehr Städten Aktionen statt als in den Jahren zuvor. Mit mehr als 100 Ostermärschen bundesweit verdoppelte sich die Zahl gegenüber den Vorjahren.

Neben dem Protest gegen Militärbasen stand die Ächtung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen Irak im Mittelpunkt der Redebeiträge. Zudem verlangten die Demonstrantinnen und Demonstranten ein weltweites Verbot von Massenvernichtungswaffen und eine dauerhafte Friedenslösung für den Nahen Osten. Die Aufrüstung und der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee müsse gestoppt und das dafür vorgesehene Geld für zivile Projekte verwendet werden.

Ein Osterfest der besonderen Art fand in Weimar statt. Im Namen der Rechtsstaatlichkeit durfte dort von Neonazis an Hitlers Geburtstag aufmarschiert werden. Das Kundgebungsverbot, das die Stadt Weimar gegen den provokanten Aufmarsch an diesem Tag verhängt hatte, wurde gerichtlich aufgehoben. Zwar gehörte es zur gerichtlichen Auflage, dass keinerlei Verbindung zu Hitlers Geburtstag hergestellt werden durfte, dafür zogen dann ca. 150 Neonazis mit USA-feindlichen Parolen durch die Stadt. Ein Großaufgebot der Polizei und des Bundesgrenzschutzes verhinderte, dass mehr als tausend GegendemonstrantInnen die Nazis davonjagen konnten.

JW, ND, indymedia 22.4. - u.b. ■

Neonazi-Demo am 1. Mai auch in Dresden

DRESDEN. Während am 1. Mai die NPD nach Berlin mobilisiert und die so genannten ‚Freien Kameradschaften' beabsichtigen in Halle/Saale aufzumarschieren, ruft das ‚Bündnis RECHTS' aus Lübeck (sic!) nunmehr zur Demonstration nach Dresden auf. Als Vorort-Unterstützer gilt der Dresdner Neonazi Sven Hagendorf. Das Thema für den geplanten Solo-Aufmarsch der Neonazis in der sächsischen Landeshauptstadt wird mittlerweile auf verschiedenen rechtsextremen WebSites mit „Arbeitsplätze statt Globalisierung. Für eine Welt souveräner Staaten" beworben.

Im Vorjahr gelang es, sponsored by Antifa, zumindest einen Teil der sich bürgerlich Mai-Tummelnden in der Innenstadt von den Gewerkschaftsfeierlichkeiten hin zu einer letztendlich erfolgreichen Blockade auf die Nazi-Route zu mobilisieren. Für dieses Jahr ist der Neonazi-Aufzug gegenwärtig von 11 Uhr bis 18 Uhr auf der Route Postplatz, Sophienstraße, Schlossplatz, Augustusbrücke, Carolabrücke, Rathenauplatz, Petersburger Straße, Külz-Ring, Postplatz mit mehreren Kundgebungen geplant.

Somit würde, unter andauernd heftigem Schweigen der Stadtpolitik, wiederholt ein Nazi-Aufmarsch offiziös unwidersprochen in unmittelbarer Nähe an der Dresdner Synagoge vorbeiziehen.

ART Dresden ■

AStA verurteilt Richterspruch gegen Antifaschist

WUPPERTAL. Das Wuppertaler Amtsgericht hat einen 25-jährigen Studenten wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu einer Geldstrafe von 525 Euro verurteilt. Der Duisburger Student folgte dem Aufruf eines breiten Bündnisses aus Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, die sich gemeinsam am 11. Januar einem Nazi-Aufmarsch entgegenstellen wollten. Mehrere hundert Menschen demonstrierten friedlich auf dem Bahnsteig des Bahnhofs Oberbarmen gegen den von Christian Worch organisierten Nazi-Aufmarsch. Nach einigen Aufforderungen der Polizei wurden 69 Demonstranten vorübergehend in „polizeilichen Gewahrsam" genommen.

Ein wenig zeitlich verzögert konnte die Demonstration von circa 80 Rechtsextremmisten stattfinden. Worch, der von Verfassungsschützern als „Vordenker" und „strategischer Kopf" im neonazistischen Spektrum bezeichnet wird, begrüßte die Polizeistrategie in einer Internetveröffentlichung und kündigte an, bald wieder nach Wuppertal zu kommen. Das Gericht hingegen sah in der gewaltfreien Gegen-Demonstration eine grobe Störung einer nicht verbotenen Versammlung.

„Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien fordern von den Bürgern unseres Landes sich aktiv und gewaltfrei Rechtsextremismus in den Weg zu stellen", so ein Sprecher des Wuppertaler AStA, „Wir empfinden dieses Urteil als einen Schlag ins Gesicht für jeden, der sich aktiv gegen Rechtsextremismus engagiert. Menschen, die nicht tatenlos zusehen wollen, wie Neonazis mehr und mehr Angst, nicht nur unter ausländischen Mitmenschen verbreiten, werden mit diesem Richterspruch als Randalierer abgeurteilt."

http://www.asta.uni-wuppertal.de ■

Mehr rechtsextreme Gewalt

BERLIN. Im Februar wurden bundesweit 559 politisch rechts motivierte Straftaten registriert, darunter 45 Gewalttaten und 372 Propagandadelikte. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der PDS-Abgeordneten Petra Pau hervor. Die reale Zahl liegt nachweislich höher. Die Anzahl der körperlich verletzten Personen wird mit 45 angegeben. Damit stieg im Vergleich zum Vormonat die Zahl der Straftaten, der Gewalttaten und der Verletzten an.

Im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts" konnten 374 Tatverdächtige ermittelt werden, 52 Personen wurden festgenommen, in 4 Fällen wurde Haftbefehl erlassen.

Arbeits-Nr. 3/257, 258, 259 - u.b. ■

Polizeiermittlungen gegen Cartoonist Gerhard Seyfried

BERLIN. Das Landeskriminalamt Berlin hat ein Ermittlungsverfahren gegen den bekannten links-alternativen Comic-Zeichner Gerhard Seyfried eingeleitet. Nach Angaben des Cartoonisten, der im letzten Bundestagswahlkampf das populäre Ströbele-Plakat entworfen hat, wird ihm die „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" vorgeworfen. Den Anlass liefern seine beiden Diagramm-Posterbeilagen zu Mathias Bröckers Buch „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9", das aus seiner Telepolis-Serie „The WTC Conspiracy" hervorgegangen ist.

Dabei muss man Seyfried eigentlich dankbar sein. Schließlich hat er den satirischen Versuch unternommen, die höchstkomplizierte Verknüpfung verschiedenster Weltverschwörungstheorien anschaulich darzustellen. Da angeblich auch alte und neue Nazis unter den Verschwörern sein sollen, sieht man auf dem Poster dann fast schon logischerweise ein kleines SS-Emblem und auch ein winzig kleines Hakenkreuz. Wer letzteres allerdings auf Seyfrieds Online-Seiten entdecken möchte, braucht dazu die äußerst guten Augen eines Berliner Polizisten.

Obwohl die Diagramme eindeutig satirische Cartoons sind, es sich dabei also im gesetzlichen Sinne um schützenswerte Kunstwerke handelt, und der Künstler zudem bekanntlich alles andere ist als ein Neo-Nazi oder Nazi-Sympathisant, wirft man ihm jetzt gleichsam Werbung für den Faschismus vor. Komisch, aber leider wahr. Und ein Vorgang, der verdächtig an Ernst Jandls kleines Gedicht „Rechts und links" erinnert: „manche meinen/lechts und rinks/kann man nicht/velwechsern./werch ein illtum!"

Bereits im Herbst vergangenen Jahres hatte die Polizei im Zweitausendeins-Laden Berlin die Diagramm-Posterbeilage beschlagnahmt. Außerdem ist damals fast gleichzeitig der PC eines Website-Betreibers in Süddeutschland beschlagnahmt worden, der ein Link auf die Diagramme gelegt hatte. Nach einer Anhörung hat der Beschuldigte allerdings noch am gleichen Tag seinen Rechner zurückbekommen.

http://www.seyfried-berlin.de
http://www.stroebele-online.de/dokumente/3030.html ■

Eintritt nur auf eigene Gefahr

ERFURT. Unterstützung durch die Stadt haben sie nie erfahren. Bekanntschaft schlossen sie nur mit der Polizei, die sie des Geländes verweisen wollte. Seit April 2001 gilt die Projektgruppe „Topf & Söhne" deshalb als „Besetzer". Dass sie inzwischen geduldet werden (müssen), haben sie den leeren Kassen der Landeshauptstadt zu verdanken. Da das Gelände nicht gesichert werden kann, kann es auch nicht besetzt werden, so die Argumentation der Projektgruppe. Zutritt auf eigene Gefahr würde das, was sie tun, viel treffender beschreiben.

Zu einem solchen Zutritt hat die Projektgruppe jetzt interessierte Erfurter ermutigt und einen Rundkurs durch das Gelände angelegt. Die Herstellung der Krematoriumsöfen für das KZ Buchenwald steht dabei im Mittelpunkt. Die Firma „Topf & Söhne" baute die Verbrennungsöfen, mit denen die SS ihre Opfer, unter anderem in den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald und Auschwitz, beseitigte. Hier wurden Entlüftungsanlagen für die Gaskammern von Auschwitz hergestellt, Lastenaufzüge durch die Firma Gustav Linse, Flugzeugteile für Heinckel. Hunderte Zwangsar-

beiter schufteten hier in den Kriegsjahren.

„Wir wollen den Erfurtern die Gelegenheit geben, all dies zu sehen und zu erfahren, solange es noch steht“, erklärte der Sprecher der Projektgruppe, Mario Müller, den ersten Teilnehmern des Rundgangs. „Um sich die Grausamkeiten des Dritten Reiches vor Augen zu führen, braucht man nicht extra nach Buchenwald zu fahren, dafür genügt ein Besuch im Sorbenweg.“

Ausgeschildert sind „für sicher befundene“ Wege, die entlang von Verwaltung, Kantine, Versand, Fabrikation, Lager, Schlosserei und Werkstätten führen. Auf insgesamt 15 Schautafeln wird erklärt, wo sich der Besucher befindet. An die einstige Krematoriums-Produktion werden beim Rundgang allerdings kaum noch Spuren erinnern. Ausgenommen eine von einst mehreren Häftlingsbaracken, die halb verfallen zwischen der Fabrik und dem angrenzenden Wohngebiet steht. Als nach dem Krieg aus Topf & Söhne der VEB Erfurter Mälzerei- und Speicherbau wurde, wurden auch die unrühmlichen Erinnerungen entfernt. Alles was in den Räumen bis heute verblieben ist, ist größtenteils „Volkseigentum“. Vom Betreten der Gebäude selbst wird dringend abgeraten. Ein Feuer, dass vor einigen Jahren zu einem weiteren Verfall der Liegenschaft führte, hat einige Bereiche angegriffen, die Tragfähigkeit speziell der Decken ist nicht gewährleistet.

Knapp hundert Interessierte fanden sich zu dem ersten Rundgang ein. Auch Vertreter von Stadtrat und Stadtverwaltung waren zur Eröffnung geladen. Erschienen ist keiner. Dabei wartet man auf ein Zeichen, dass man sich der Erinnerung an „Topf & Söhne“ auch von offizieller Seite annimmt.

Vom Fenster des Chefkonstrukteurs kann bei guter Sicht übrigens direkt bis zum Ettersberg geblickt werden. Gewollt oder ungewollt - über all dies wird ab sofort in regelmäßigen Führungen und auf Tafeln informiert.

Führungstermine/Kontakte sind möglich über die Homepage der Projektgruppe: www.topf-rundgang.de ■

FDP veröffentlicht NPD-Berichte

NEUMÜNSTER. Der FDP-Kreisverband, der die Wehrmachtausstellung ablehnt und dessen Vorsitzender sie als „ideologisch motivierte Geldverschwendung“ diffamiert hatte, hat in einer „Dokumentation“ je einen Bericht der NPD und des NPD-Nachwuchses neben Artikeln des Jüdischen Vereins, der Sozialdemokraten sowie Mediennachrichten veröffentlicht. Die Zusammenstellung solle Argumente zur Ausstellung liefern, hieß es. Veröffentlicht wurden auch Links zu den zitierten Organisationen. Nach einem kritischen Rundfunkbericht wurden die weiterführenden Links zu den Rechtsextremen herausgenommen, die Texte aber sind weiter zu finden.

Die Bundesvorsitzende der Grünen, Angelika Beer, die aus Neumünster kommt, sowie die Sprecher des schleswig-holsteinischen Landesverbandes, Monika Obieray und Björn Piste, forderten den FDP-Landesvorsitzenden auf, sich „unverzüglich“ von der Internetseite zu distanzieren und „dem unerträglichen Treiben“ ein Ende zu bereiten. Der FDP-Kreisvorsitzende Wolf Reith verteidigte die Internetseite. Die Veröffentlichung der NPD-Artikel bedeute schließlich nicht, dass sich die FDP mit der NPD oder den anderen genannten politischen Parteien solidarisiere. Es solle lediglich dargestellt werden, wie die Ausstellung von unterschiedlichen Gruppierungen aufgenommen worden sei. „Wir verwahren uns dagegen, dass man uns eine rechte Gesinnung vorwirft“, sagte Reith. Gegen die Ausstellung hatten am Wochenende 300 Rechtsextreme aus Deutschland und Skandinavien demonstriert. Zuvor hatten sich mehrere hundert Teilnehmer an einer Solidaritätskundgebung für die Ausstellung beteiligt. *Frankfurter Rundschau 8.4.2003* ■

Republikaner begehen „Führergeburtstag“

BERLIN-WEISSENSEE. Mit der ideologischen Distanz zwischen der rechtsextremen Partei „Die Republikaner“ und Neonazis ist es offensichtlich nicht weit her. So versucht ihre Jugendorganisation am Abend des 20.4., dem Jahrestag des „Führer“geburtstages, Hitler zu huldigen. Nach Informationen unseres Bündnisses (A3) veranstaltet die Jugendorganisation der „Republikaner“ (Rep), die Republikanische Jugend (RJ), am Abend des besagten Tages eine als „Oster(f)eier“ angekündigte Veranstaltung in der Gäblerklause in der Gäblerstraße 10 in Berlin-Weißensee.

Schon in den vergangenen Jahren fanden an diesem Tag entsprechende Veranstaltungen der Partei statt. So wurde am 20.4.2001 der 111. Geburtstag des früheren österreichischen Bundeskanzlers Adolf Schärf (SPÖ) gefeiert, der 1957 mit „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr“ in Österreich als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf gezogen war. Am 19.4.2002 war seitens der Republikaner versucht

→

Multimediale CD-ROM zum Konzentrationslager Buchenwald erschienen

Die CD-ROM „Buchenwald – ein Konzentrationslager“ ist das Vermächtnis ehemaliger Buchenwalder Häftlinge aus dem In- und Ausland. Ihre Berichte aus eigenem Erleben bilden die Grundlage dieser Dokumentation. Sie schildern die Geschichte eines der größten deutschen Konzentrationslager und zugleich eine Geschichte von Solidarität und Widerstand.

Die CD-ROM enthält:

- etwa 500 Texte mit über 450 Bildern und Dokumenten sowie über 50 Audio- und Videosequenzen für einen multimedialen Zugang zum Thema „Geschichte des KZ Buchenwald“
- Unterrichtsmaterialien zur Vorbereitung eines Besuches in der Gedenkstätte
- über 100 Personenporträts von Opfern und Täter
- eine interaktive Lagerkarte und vieles mehr.

Die Autorinnen und Autoren: Willy Schmidt, Christoph Leclaire, Andrea Meschede und Ulrich Schneider stehen zu Präsentationen zur Verfügung. Die CD ist zu beziehen über:

Pahl-Rugenstein Verlag, Breite Str. 47, 53111 Bonn, Tel. 0228-632306, Fax 0228-634968, ISBN 3-89144-335-8, Euro 24,95
Abspielsoftware auf der CD-ROM enthalten

worden, den Chaplin-Film „Der Große Diktator“ für ihre Zwecke umzudeuten.

Seit Anfang 1999 befindet sich die Bundeszentrale der Republikaner in der Berliner Straße 128 in Pankow. Das Haus gehört der Immobilienfirma von Wolfgang Seifert, selbst Parteimitglied und Kandidat auf dem zweiten Listenplatz der Republikaner für die Bundestagswahl 2002.

Nach Bekanntwerden des Vorhabens der Republikaner Ende 1998, mit ihrer neuen Bundeszentrale ausgerechnet in ein Haus zu ziehen, dessen ehemalige Besitzerin, die jüdische Familie Garbáty, von den Nazis zwangsarisiert worden ist, entwickelte sich eine von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragene Protestbewegung dagegen. Daraus ging auch das Antifaschistische Aktionsbündnis III [A3] hervor.

Antifaschistisches Aktionsbündnis III [A3] , eMail: a3.berlin@firemail.de
Internet: http://a3.antifa.de
Mike Kettler (Pressesprecher) ■

Ostermarsch in Heidelberg gegen Neonazis und Krieg

HEIDELBERG. 3000 Neofaschisten hatten zum Ostersamstag ihr Kommen in Heidelberg angekündigt. Unter dem verlogenen Motto „Amis raus – Freiheit rein“ wollten sie gegen den Krieg im Irak und gegen die „weltweite Unterdrückungspolitik der USA“ durch Heidelbergs Straßen demonstrieren. Die Antikriegsstimmung ausnützend sollte mit antiamerikanischen und volksverhetzenden Phrasen unter der Bevölkerung Verwirrung gestiftet und dabei für nationalistische und faschistische Ideen geworben werden. Ursprünglich war ein Marsch vom zentral gelegenen Bismarckplatz durch die Hauptstraße geplant. Die Stadt verbot dies und durch einen Gerichtsbeschluss wurde dann eine Demonstration vom Hauptbahnhof bis zum Römerkreis genehmigt.

Die angekündigte Großdemonstration blieb aus. Es tauchten nur etwa 100 Nazis auf, die in Grüppchen unter Polizeischutz vom Zug zum Bahnhofsvorplatz geleitet wurden. Unter ihnen auch Horst Mahler und andere NPD-Prominente.

Auch die Gegenseite war nicht ganz so zahlreich vertreten, wie man erhofft hatte. Immerhin störte lautstarker Protest von 500 - 1000 GegendemonstrantInnen die Kundgebung, die von Polizei und Bundesgrenzschutz abgeschirmt wurde. Und durch die entschlossene Gegendemonstration war keine Demonstration der Neonazis mehr möglich. Sie wurden am Laufen gehindert und zogen nach drei Stunden unter Polizeischutz wieder ab. Der Ostermarsch hatte anstatt zum US-Hauptquartier auch den Hauptbahnhof zum Ziel genommen.

Infos von VVN-BdA und indymedia ■

Viele Studenten beteiligten sich an Bücherverbrennungen

SIEGEN. Die Ausstellung „Die Kultur auf dem Scheiterhaufen – Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933“, die jetzt in Siegen zu sehen ist, will an dieses Ereignis erinnern. Auf vielen Schautafeln ermöglichen die „Kreisvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Siegerland-Wittgenstein“ in Zusammenarbeit mit dem Fachschaftsrat 1-4, dem autonomen Kulturreferat und dem Projekt „Archiv“ in der Siegener Universitätsbibliothek einen Überblick über die Verunglimpfung vieler deutscher Autoren durch die Nationalsozialisten.

Die Doktorandin Jana Mikota hat die Ausstellung in ihrer Freizeit konzipiert, entworfen und zusammengestellt. Sie gliedert sich in vier Teile: Zuerst wird die Frage thematisiert, wie die Vorkommnisse in der Gesellschaft und in der Region aufgenommen wurden. „Interessant ist, dass die Bewegung nicht nur von oben kam“, so Joachim Mertens von der VVN-BdA Siegerland-Wittgenstein. Auch viele Studenten hätten sich bei der Agitation gegen die „Unkultur“ nicht zurückgehalten. So verfasste die deutsche Studentenschaft zwölf Thesen „Wider den deutschen Ungeist“. Der Aufruf wurde vielerorts in der Presse abgedruckt, so auch am 8. Mai 1933 in der Siegener Zeitung. Ein Zeitungsbild – damals eher selten – zeigt die Bücherverbrennung in Berlin. In Siegen selbst, so Mertens, hat es keine Verbrennungen gegeben, da noch keine Universität vorhanden war.

Der zweite Teil der Ausstellung konzentriert sich besonders auf Schriftstellerinnen, die während des Naziregimes in Deutschland lebten oder ins Exil flohen und deren Bücher verboten wurden. Neben untersagten Kinder- und Jugendbüchern, beschäftigt sich die Ausstellung abschließend mit Gerson Stern. Denn damit lässt sich eine Verbindung zu Siegen herstellen, erklärt Mikota. Sein in den dreißiger Jahren verfasster Roman „Auf drei Dingen steht die Welt“ wurde erst jetzt von einem Siegener Verlag veröffentlicht. ■

70. Jahrestag der NS-Bücherverbrennungen

Anlässlich des 70. Jahrestags der NS-Bücherverbrennungen ruft der „freie zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs) zu Aktivitäten zu diesem Thema auf. Im Aufruf heißt es:

Im Jahre 1933, zumeist am 10. Mai, mal früher mal später, wurden an den meisten deutschen Hochschulstandorten, aber auch in Städten, in denen es 1933 noch keine Universitäten gab, von Studierenden „zersetzende Schriften“ verbrannt. Diese Aktion wurde unmissverständlich als „Aktion wider den undeutschen Geist“ bezeichnet. Als „zersetzend“ galten den deutschen Studierenden dabei Schriften von liberalen und linken WissenschaftlerInnen und AutorInnen sowie vor allem: Schriften von Jüdinnen und Juden. Die Bücherverbrennungen waren somit nicht nur ein weiterer öffentlichkeitswirksamer Auftakt zur politischen Verfolgung von NazigegnerInnen, sondern auch ein Vorspiel zur Vernichtung der Jüdinnen und Juden. Dieses Jahr jähren sich die Bücherverbrennungen zum siebzigsten Mal. Aus diesem Anlass will der fzs, Dachverband von derzeit 74 Studierendenvertretungen, mit einer Kampagne und einem Kongress an dieses Vorspiel zur Vernichtung erinnern.

Die Bücherverbrennungen begreifen wir als ein Vorspiel zum Holocaust. Es geht also nicht nur darum, auf die Kontinuität bis 1933 hinzuweisen, sondern auch um die Kontinuität nach 1933. Mit dem Ausschluss von JüdInnen aus dem öffentlichen Leben – z.B. aus den Hochschulen – und ihrer zunehmenden Entrechtung begann die Politik, die mit ihrer Deportation und Ermordung endete. Betont werden soll die maßgebliche Rolle der Studentenschaften (als gewählte studentische Vertretungen!) bei den Bücher-

17. Mai 2003
„Wider den (un)deutschen Geist“

Wie bereits im Jahr 2001 werden am 17. Mai 2003 weitere zehn Autoren, deren Bücher 1933 verbrannt wurden, mit einer Veranstaltung am Ort des Geschehens geehrt. Prominente Patinnen und Paten werden aus den Werken der Autoren lesen:

Max Brod
Lion Feuchtwanger
Claire Goll
Maxim Gorki
Ernest Hemingway
Walther Mehring
Joachim Ringelnatz
Anna Seghers
Else Uri
Stefan Zweig

Bleibendes Zeugnis dieser Veranstaltung sind Bodenplatten mit den eingemeißelten Namen der verfolgten Autoren. Als Fortführung dieses nach einer Idee von Walter Vitt 2001 begonnenen Projektes werden an diesem Abend weitere Steine der Öffentlichkeit übergeben.

Fachhochschule Köln
Claudiusstraße 1
19.00 Uhr

Veranstaltung von Fachhochschule Köln, Universität zu Köln, EL-DE-Haus-Verein und Berufskolleg Ulrepforte, durchgeführt in Zusammenarbeit mit der Designgruppe ad acta.

Der Kölner Studentenschaft Bekenntnis zur nationalsozialistischen Revolution

Köln, Samstag, 17. Mai 2003: Wie bereits im Jahr 2001 werden weitere zehn Autoren, deren Bücher 1933 verbrannt wurden, mit einer Veranstaltung am Ort des Geschehens geehrt. Prominente Patinnen und Paten werden aus den Werken folgender Autoren lesen: Max Brod, Lion Feuchtwanger, Claire Goll, Maxim Gorki, Ernest Hemingway, Walther Mehring, Joachim Ringelnatz, Anna Seghers, Else Uri, Stefan Zweig. Fachhochschule Claudiusstraße, ab 19.00 Uhr

verbrennungen. Die Rolle der Studentenschaften wurde in der historiographischen Betrachtung oft heruntergespielt. Tatsache ist aber, dass die DSt und nicht etwa, wie oft behauptet, die NSDAP-Führung die Bücherverbrennungen maßgeblich plante und durchführte. Auf diese Geschichte studentischer Interessenvertretung hinzuweisen, ist ein weiteres Anliegen der Kampagne.

Deswegen ruft der fzs dazu auf, dass Studierendenvertretungen, hochschulpolitische Organisationen und Gruppen aus den verschiedenen Städten durch Aktionen, Veranstaltungen und Pressearbeit rund um „ihren" Jahrestag an die Bücherverbrennungen erinnern. Wir regen an, das oftmals kaum bekannte Geschehen und die Rolle der Studierenden und ihrer gewählten Vertretungen im Nationalsozialismus und bei den Bücherverbrennungen in das öffentliche Gedächtnis zu rufen und der weit verbreiteten kommunalen Gedenkroutine andere Aktionsformen entgegenzustellen. So noch nicht vorhanden, wäre eine konkrete Forderung eine deutliche Kenntlichmachung des Ortes der Bücherverbrennung in Eurer Stadt, mit dem Hinweis auf die Akteure. Wir bitten Euch, Informationen über die Bücherverbrennung in Eurer Stadt zu sammeln und an uns zu schicken, u.a. damit wir die Informationen zentral auf eine Homepage stellen, in einem Reader zusammenfassen und zentral Pressearbeit machen können. Teilt uns bitte mit, was stadt- oder universitätsgeschichtlichen Publikationen zu entnehmen ist: Wer die Verbrennung organisierte, wo sie stattfand, welche Resonanz sie fand...

Am Wochenende vom 4.– 6. Juli werden wir unter dem Motto „Das war ein Vorspiel nur..." einen Kongress in Frankfurt/Main organisieren, der die Kampagne wissenschaftlich aufbereiten soll.

www.fzs-online.org

www.buecherverbrennung.tk ■

10. Jahrestag des Brandanschlages in Solingen

Solingen. Am 29. Mai 1993 starben in Solingen Gürsün Ince (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4) als Opfer eines rassistisch motivierten Brandanschlages. Dieser Mordanschlag stand in einer Serie von Gewalttaten gegen Menschen ohne deutschen Paß in diesem Land, welche mit Hoyerswerda im September 1991, Rostock und Mölln im Jahre 1992 eskalierte. Vor zehn Jahren wurden – nicht zuletzt als Lehren aus den Brandanschlägen- Forderungen nach • gleichen sozialen und politischen Rechten für alle hier lebenden Menschen, • nach einer neuen, solidarischen Form des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religion, Geschlecht und Kultur • nach menschenwürdigen Verhältnissen für Flüchtlinge u.a. auf Ämtern, in Schulen, in Wohnungen und Übergangsheimen wie im Arbeitsprozess, erhoben, heißt es im Aufruf zu einer Demonstration am 29. Mai anlässlich dieses Jahrestages. Diese Ansprüche bestehen zehn Jahre danach umso mehr. *Auszüge aus dem Aufruf zur Demonstration* ■

Bisherige Unterstützer: Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus, VVN/BdA KV Solinger, Bündnis „Wuppertal stellt sich quer", Kein Mensch ist illegal, Wuppertal, Autonome Antifa, Wuppertal, Solinger Appell .
E-mail: solinger-appell@operamail.com, Solinger Appell, c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen. Internet:www.tacheles-solingen.de Spenden für die Demonstration: Solinger Appell, Kontonummer 572187434, BLZ 36010043

Bücher statt Bomben

Proteste gegen den Bundeswehrstand auf der Buchmesse

Leipzig. Unter dem Motto „Bücher statt Bomben" protestierten zahlreiche Schriftsteller, Verleger und Journalisten gemeinsam mit Gewerkschaftern und Besuchern gegen den Stand der Bundeswehr auf der Leipziger Buchmesse, die Ende März stattfand.

Am Buchmessesonnabend machte gegen Mittag eine bunte protestierende Karawane auf den Weg zum Stand der Bundeswehr, die dort Auslandseinsätze auf Leinwänden wild-romantisch verklärte und Jugendliche mit einem globalen Strategiespiel namens POL&IS (= Politik und Internationale Sicherheit) ködern wollte. An konkreten Beispielen werden bei diesem Spiel weltweite Ressourcenverteilungs- und Interventionsszenarien durchgespielt.

Am Bundeswehrstand kam es mit den Schülern und Offizieren zu heftigen Diskussionen. Rufe wie „Keine Werbung für Mörder" und „Bundeswehr raus" ertönten. Die am „Spiel" gehinderten Jugendlichen ergriffen das Mikrofon und verteidigten „ihr" Spiel. Sie konnten und wollten nicht erkennen, dass so ein „Spiel" im Rahmen einer Bundeswehrkampagne, zu diesem brisanten Zeitpunkt, eine besondere Symbolik entfaltet. Es war ihnen unverständlich, dass sie für Propagandazwecke missbraucht wurden.

Die Bundeswehr selbst bezeichnete das „Spiel" als „Simulation, als Bildungsangebot für Jugendliche", Jugendoffizier Wurzer erklärte, dass es darum ginge „junge Leute aufzuklären". Einige Verleger drohten mit einem Boykott der nächsten Buchmesse, sollte die Messeleitung der Bundeswehrpräsenz kein Ende bereiten.

Bereits letztes Jahr war es zu heftigen Protesten gegen die Militarisierung der Buchmesse gekommen. Auf die Anfrage des Präsidenten des PEN-Zentrum Deutschland, Johano Strasser an die Messeleitung, ob die Bundeswehr auch 2003 vertreten sein würde, hatte sie geantwortet, dass die Bundeswehr keinen Stand bekommen würde.

Das Militärspiel POL&IS ist für Militärspieler entwickelt worden, die eine Regierung durch einen Putsch gewaltsam stürzen wollen, um dann die Macht zu übernehmen. Wie im richtigen Leben halt, weshalb der Erfinder des Spiels, der Kölner Prof. Leidhold, mit dem nach dem einstigen Bundespräsidenten Carstens ausgezeichneten Preis geehrt wurde. Es gibt sicher gewalttätigere und brutalere Computerspiele als dieses. Doch gerade in Kombination von Spielinhalt und der offiziellen Aktion der Bundeswehr und der Bundeszentrale für Politische Bildung entlarvt sich der Zweck der Präsentation. In der Nachwuchsgewinnung für eine auf internationale Interventionen getrimmte Armee liegt eine explosive Mischung.

Die verteidigungspolitischen Richtlinien von 1994 waren die Grundlage für den Umbau der Bundeswehr zu einer Kriseninterventionskraft, die den „ungehinderten Zugang zu Märkten (!) und Rohstoffen (!) in aller Welt!" sichern soll. Vor diesem Hintergrund und den berüchtigten Worten Strucks, dass „Deutschland am Hindukusch verteidigt wird", ist die Präsentation der Bundeswehr auf einer Buchmesse mehr als eine Provokation. Sie ist auch ein Symbol für die schleichende Militarisierung der Gesellschaft.

D.M. in Leipzigs Neue 7-03, 4.4.2003 (gekürzt) ■

Polizei stellt sich ein auf heißen Herbst

DORTMUND. Rechtsradikale rüsten schon jetzt zur Demonstration gegen die vom 18. September bis zum 2. November in Dortmund geplante Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 - 1944“. Der Polizei liegen schon Anmeldungen für Demonstrationen und Versammlungen während des gesamten Veranstaltungszeitraumes ein.

Die VVN-BdA wird im Rahmenprogramm zur Ausstellung – gemeinsam mit anderen Partnern – dafür sorgen, dass nicht nur die Verbrechen der Wehrmacht, sondern auch die Verbrecher benannt werden. „Dabei wird dann schnell erkennbar,“ heißt es in ihrer Pressemitteilung, „dass nicht sämtliche Wehrmachtsangehörige gemeint sind, sondern dass ganz konkrete Verbrecher ganz konkreten Verbrechen zugeordnet werden können, wie die 1. Gebirgsdivision und die 117. Jäger-Division, die z.B. durch Griechenland, Montenegro und Italien ihre Blutspur zogen. Die gekünstelte Aufregung der Nationalisten und Militaristen, die besagt, es würden mit der Wehrmachtsausstellung alle Soldaten zu Verbrechern erklärt, lenkt von der Tatsache ab, dass von deutschen Gerichten seit Übernahme der Gerichtsbarkeit für Verbrechen gegen die Menschheit bisher nicht ein einziger Wehrmachtsangehöriger verurteilt worden ist. Wir als VVN-BdA wollen erreichen, dass z.B. die Täter von Kephalonia endlich vor Gericht kommen. Wir haben die Namen von rund 30 der noch überlebenden mutmaßlichen Totschläger und Mörder der Staatsanwaltschaft übergeben. Und wir werden Filme und andere Dokumentationen über die Morde in Kommeno, Kalavryta und Distimo und anderswo im Rahmen der Wehrmachtsausstellung präsentieren.

Was die angedrohten Aufmärsche der Neonazis gegen die Wehrmachtsausstellung anbelangt, so erwarten wir „von der Politik“, wie es heute immer so schön heißt, dass sie endlich mehr tut als auf die Polizei zu verweisen und sich mit den unsäglichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Frage herauszureden. Wir verlangen, dass der Ministerpräsident und der Innenminister tätig werden und z.B. die Verbote, die gegen Neonazigruppen in den 90er Jahren ausgesprochen wurden, nun konsequent durchsetzen. Denn die „Völkischen“ und „Kameradschaften“, die sich auch wieder zur Wehrmachtsausstellung ankündigen, lassen sich sehr einfach als die verbotene FAP u.ä. von gestern erkennen – nur „die Politik“ war immer blind.

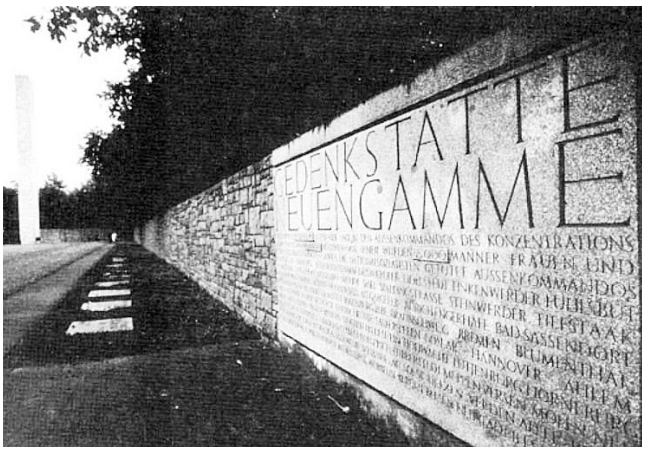
Die Landesregierung muss handeln, will sie sich nicht blamieren, denn die Wehrmachtsausstellung wird auch ein landespolitisches Ereignis werden, – schließlich wird die Dortmunder Ausstellung die letzte im deutschsprachigen Raum sein.

Ulrich Sander
Landessprecher der VVN-BdA NRW■

Menschenjagd kurz vor der Befreiung

Ausstellung in Bremen zu den letzten Tagen des KZ Neuengamme

Für viele Überlebende der Konzentrationslager gehörte die Rückbesinnung auf die letzten Tage dieser Terroreinrichtungen zu den grausamsten Erinnerungen. Denn kurz vor dem Sieg der Alliierten im Frühjahr 1945 wurden noch zahllose Häftlinge von den Nazi-Schergen ermordet. Die SS-Führung hatte die Lager räumen lassen, wollte so Zeugen für ihre Gräueltaten beiseite schaffen und zugleich „Faustpfande“ für mögliche Friedensverhandlungen behalten. Auch mit dem KZ Neuengamme bei Hamburg und seinen mehr als 60



Außenlagern in Norddeutschland wurde entsprechend verfahren.

Um diese Räumungsaktion geht es in einer Ausstellung, die vom 28. April bis zum 30. Mai in der Unteren Rathaushalle in Bremen gezeigt wird. Täglich von 10 bis 18 Uhr ist diese Sammlung zu sehen. Ihr offizieller Titel lautet: „Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945“. Präsentiert wird die Ausstellung unter der Schirmherrschaft von Bürgerschaftspräsident Christian Weber von der Landeszentrale für politische Bildung, dem Landesinstitut für Schule und dem Bremer Verein „Erinnern für die Zukunft“. Ein umfangreiches Rahmenprogramm aus Filmen und Vorträgen begleitet sie.

40 der Ausstellungstafeln – erarbeitet von mehreren Bremer Geschichtsgruppen – widmen sich den KZ-Außenlagern in Bremen und Umgebung, von denen es zehn gab. Denn die Hansestadt an der Weser bildete direkt nach Hamburg den Schwerpunkt des Außenlagersystems des Konzentrationslagers Neuengamme. Das erste Bremer Außenlager war 1943, also vor nunmehr 60 Jahren, in Farge errichtet worden. Die Häftlinge mussten beim Bau des U-Boot-Bunkers „Valentin“ helfen, in dem anno 2003 Theaterstücke mit Antikriegs-Charakter aufgeführt werden. Vor allem in den Lagern Farge, Blumenthal und Deschimag-Schützenhof in Gröpelingen überlebten viele der Häftlinge nicht. Die Unterernährung und ständige Misshandlungen durch das Wachpersonal führten zu dieser hohen Sterberate.

Als die Alliierten kurz vor Bremen standen, wurden die Häftlinge der Außenlager in die Auffanglager Bergen-Belsen, Wöbbelin und Sandbostel bei Bremervörde gebracht. Wer „Glück“ hatte, wurde in völlig überfüllten Zügen befördert. Doch ein Großteil der Menschen musste sich zu Fuß in Bewegung setzen. Tausende Häftlinge starben bei diesen „Todesmärschen“ an Erschöpfung oder wurden von SS-Leuten getötet.

Die „Todesmärsche“ sind eines der Ausstellungs-Kapitel. Darüber hinaus beschäftigt sich die eindrucksvolle Sammlung intensiv mit zwei herausragenden Ereignissen aus den letzten Tagen des Konzentrationslagers Neuengamme. Zum einen wird dargestellt, wie Graf Folke Bernadotte, Vizepräsident des Schwedischen Roten Kreuzes, viele skandinavische Häftlinge retten und in „Weißen Bussen“ des Roten Kreuzes in die Freiheit bringen konnte. Zum anderen wird das tragische Schicksal von 10.000 KZ-Häftlingen beschrieben, die in Lübeck von der SS auf die Schiffe „Thielbek“, „Cap Arcona“ und „Athen“ verteilt wurden. Bei versehentlichen Jagdbomberangriffen durch alliierte Verbände wurden tausende Menschen umgebracht. Viele hundert andere wurden von Nazi-Tätern ermordet, als sie sich in Rettung bringen wollten. Selbst Häftlinge, die sich bis an den Strand von Neustadt flüchten konnten, wurden noch von der SS und sogar von Mitgliedern der Hitler-Jugend „gejagt“ und erschossen.

Thomas Klaus ■

Die Kriegsverbrechen des Friedrich Engel aus völker- und kriegsrechtlicher Perspektive

Am 4. Juli 2002 verurteilte das Hamburger Landgericht den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Friedrich Engel zu sieben Jahren Haft wegen des Mordes an 59 Partisanen und Gefangenen. Trotzdem sieht es so aus, als könne der 93-Jährige für seine Verbrechen nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden, denn das Gericht hält Engel für nicht haftfähig. Aber nicht nur aus diesem Grund ist das Urteil zu kritisieren. Zu dem in der Presse als „letzter großer Kriegsverbrecherprozess" bezeichneten Hauptverfahren kam es überhaupt erst, nachdem Engel 1999 in Italien wegen 246-fachen Mordes in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden war.

Wesentliche Grundlage für den Terror gegen die italienische Zivilbevölkerung, oftmals pauschal als Partisanen oder partisanenverdächtig diffamiert, war der „Bandenbekämpfungsbefehl" Adolf Hitlers vom 16.12. 1942, ursprünglich zur Bekämpfung der Partisanen an der Ostfront erlassen. Dieser befahl der Truppe „ohne Einschränkungen auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg" führte. Zugleich enthielt der Befehl ein totales Strafverfolgungsverbot. Durfte doch kein Deutscher wegen „seines Verhaltens im Kampf gegen die Banden und ihre Mitläufer disziplinarisch oder kriegsgerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden".

Beim Diktat der endgültigen Fassung des Befehles am 1.12.1942 hatte General Jodl, Chef des Wehrmachtführungsstabes, ausdrücklich darauf bestanden, dass seine Soldaten „im Kampfe machen was sie wollten". Sie konnten - wie der General hervorhob - ihre Gegner, Frauen eingeschlossen, sogar „aufhängen, verkehrt aufhängen oder vierteilen". In Italien wurde der Bandenbekämpfungsbefehl Hitlers durch den dortigen Oberbefehlshaber Generalfeldmarschall Kesselring, dem seit April 1944 auch die Partisanenbekämpfung oblag, umgesetzt und eine potenzielle Strafverfolgung nochmals ausdrücklich verboten. Für die Auswirkungen, die solche Befehle auf die italienische Zivilbevölkerung hatten, stehen gut 250 italienische Ortsnamen, in denen teilweise die gesamte Dorfbevölkerung massakriert wurde.

Als im Sommer 1944 die Partisanentätigkeit deutlich zunahm, erweiterte Kesselring den Befehl zur Geiseltötung wesentlich, indem er diese nun überhaupt nicht mehr von der konkreten Tötung deutscher Soldaten abhängig machte. Vielmehr sollten alle Orte „in denen sich Banditen nachweisen" ließen, in denen „Anschläge auf deutsche oder italienische Soldaten beziehungsweise Sabotageaktionen" begangen wurden, niedergebrannt werden, alle männlichen Einwohner über 18 erschossen und die Frauen in Arbeitslager interniert werden.

Das bisher skizzierte lässt den Schluss zu, dass die deutsche Führung ebenso wie auch Teile der Untergebenen bei der Verhängung von Repressalien gegen die italienische Zivilbevölkerung, insbesondere aber bei den Geiseltötungen im Rahmen der Bekämpfung der italienischen Partisanen, gegen damals geltendes Völker- und Kriegsrecht, aber auch gegen diesbezügliche Vorschriften der Wehrmacht verstoßen haben. Dass es sich bei den Partisanen in Italien, aber auch in Osteuropa, Frankreich, Jugoslawien oder Norwegen um KämpferInnen gegen die faschistischen Besatzer ihrer jeweiligen Länder handelte, welche sich moralisch gesehen im Recht befanden, steht für uns als AntifaschistInnen außer Frage. Von bürgerlicher Seite wird diese Rechtmäßigkeit jedoch rein formell immer wieder angezweifelt, die Partisanen immer wieder als heimtückische, nicht als Kombattanten kenntliche und aus dem Hinterhalt agierende Verbrecher dargestellt. Charakterisierungen, welche auch Engel benutzte und welche er, modern gewendet, in der Stigmatisierung „Terroristen" komprimierte – ein Ausdruck, dessen sich auch Staatsanwalt Jochen Kuhlmann in seinem Plädoyer bediente: „Partisanen, modern ausgedrückt Terroristen" hinrichten zu lassen, sei eine im 2. Weltkrieg durchaus legitime Kriegsrepressalie gewesen.

Tatsächlich haben nach der Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907 Partisanen keinen Kombattantenstatus und bei ihrer Bekämpfung, heißt es recht unpräzise, seien in besonderen Fällen Repressalien gegen die Zivilbevölkerung gerechtfertigt. Gleichzeitig gilt aber auch Art. 50 der HLKO: „Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann."

Der Nürnberger „Geiselmordprozess"

Da die HLKO den Begriff Geisel noch nicht kennt und die Ausführungen zum Thema Kriegsrepressalie recht unpräzise sind, kommt in dieser Frage dem siebten Nürnberger Nachfolgeprozess von 1948 besondere Bedeutung zu. Bezeichnenderweise blieb die Rechtsprechung der Alliierten in diesem wichtigen Prozess in nachfolgenden Verhandlungen durch die BRD, so auch im Fall Engel, weitgehend unberücksichtigt. Der Völkerrechtler Prof. Norman Paech geht sogar davon aus, dass die heutige Rechtsprechung es „nicht nur versäumt (hat), dem Urteil aus Nürnberg zu folgen, sie hat es auch bewusst unterlaufen".

Im sog. Geiselmordprozess ging es um die Frage des Festsetzens von Vertragsgeiseln und das Nehmen von Repressalgeiseln. Die Richter verdammten Geiseltötungen als ein „Gräuel" und „barbarisches Überbleibsel aus der Vorzeit", anerkannten jedoch letztlich das Recht zur Geiselnahme und Geiseltötung unter Bezugnahme auf die Theorie der Kollektivverantwortlichkeit und die gewohnheitsrechtlich begründete Gehorsamspflicht der Zivilbevölkerung in einem besetztem Land.

Allerdings machten sie die Rechtmäßigkeit der Geiselnahme und Geiseltötung von genau definierten Voraussetzungen abhängig. Dazu zählten unter anderem:

- Das Verbot, Geiseln aus Rache oder militärischer Zweckmäßigkeit zu töten.
- Die Verpflichtung nachzuweisen, dass die Bevölkerung aktiv oder passiv an dem zu sühnenden Vergehen Anteil genommen hatte.
- Der Nachweis, dass es unmöglich gewesen ist, die Täter zu ergreifen.
- Die Bekanntmachung der Namen und Adressen der genommenen Geiseln.

Die meisten dieser und weiterer Voraussetzungen, die sich für die Nürnberger Richter aus dem Völkerrecht, dem Gewohnheitsrecht oder unter Kulturnationen allgemein akzeptierten Gebräuchen und Praktiken ergaben, waren bei den von deutschen Befehlshabern auf dem italienischen Kriegsschauplatz befohlenen Geiseltötungen nicht erfüllt. So auch in Fall von Friedrich Engel.

Die Schuld der deutschen Behörden

Nicht zuletzt aufgrund der Verbrechen der Nazis verzichtete der Gesetzgeber auf die Möglichkeit der Verjährung von Mord, und eine Verurteilung, zumal wegen mehrfachen Mordes, führt eigentlich immer zu einer lebenslangen Haftstrafe. Der ehemalige Obersturmbannführers Friedrich Engel macht da allerdings eine Ausnahme. Hier argumentierte Richter Seedorf, dass „wegen der außergewöhnlichen, unglaublich langen Zeitspanne zwischen 1944 und 2002 keine unverhältnismäßig hohe Strafe verhängt werden" dürfe. Es sei die Schuld der Strafverfolgungsbehörden, vor allem der italienischen, dass 50 Jahre nichts geschehen sei. Er unterschlägt dabei, dass Engel schon 1950 beschuldigt wurde, an Geiselerschießungen in Oberitalien beteiligt gewesen zu sein. Das erste Ermittlungsverfahren gegen den „Henker von Genua" wurde am 1. Juli 1969 eingestellt. Und auch ein zweiter Anlauf endete 1993 mit der Einstellung. Damals suchte die Staatsanwaltschaft aufgrund von Angaben

der Alliierten Kriegsverbrecherkommission Engel wegen Mordes. Die beauftragte „Ludwigsburger Zentralstelle für die Ermittlungen von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen“ und Hamburger Ermittlungsbehörden konnten Engels Adresse nicht ermitteln – er stand im Telefonbuch. Doch selbst für die sieben Jahre braucht Engel nicht in den Knast: Das Gericht hielt den 93-jährigen Hobbygärtner, auch ohne ärztliche Prüfung, für nicht haftfähig.

Die nachträgliche Legitimation der Verbrechen

Viel entscheidender als die Frage, ob Friedrich Engel nun die letzten Jahre seines Lebens hinter Gittern verbringt oder nicht, ist jedoch die Tatsache, dass in dem Hamburger Verfahren zum wiederholten Male die nationalsozialistische Praxis der Geiselerschießung gerechtfertigt wurde. Also eine nachträgliche Bestätigung faschistischen Unrechts und ein Schlag ins Gesicht für die überlebenden Opfer deutscher Kriegsverbrechen und ihre Angehörigen. Laut mündlicher Urteilsverkündung durch Richter Seedorf war die Exekution als „Repressalienmaßnahme“ durch das damalige „völkerrechtliche Gewohnheitsrecht“ gedeckt, nur die Art der Ausführung der Erschießung rechtfertige den Tatbestand des Mordes, denn diese sei besonders grausam gewesen. Nur weil Engel die Art der Exekution selbst angeordnet hätte, könne er sich auch nicht auf einen Befehlsnotstand berufen.

„Befehlsnotstand“ und „völkerrechtlich zulässige Repressaltötungen“ waren immer wieder seit den 50er Jahren die Stichworte, mittels derer Kriegsverbrecher in der BRD straffrei davon kamen. Gemessen an den oben angeführten Ausführungen aus dem VII. Nürnberger Nachfolgeprozess erfüllte die Erschießung der 59 Geiseln am Turchino-Pass, unabhängig von der grausamen Ausführung, sehr wohl den Tatbestand des Mordes. Fünf der Erschossenen waren unter 18 Jahren, sie hatten somit keinen Kombattantenstatus. 17 Geiseln waren Partisanen und 42 andere politische Gefangene. Ob ihre „aktive oder passive“ Teilnahme an dem Bombenanschlag auf das Kino erwiesen war, spielte im Engel-Verfahren keine Rolle. Auch der Nachweis, dass es unmöglich gewesen war, die Attentäter zu ergreifen oder durch andere Maßnahmen wieder Ruhe und Ordnung herzustellen, wurde im Hamburger Verfahren nicht erbracht. Wie hätte dieses auch möglich sein sollen – zwischen dem Anschlag auf das deutsche Soldaten-Kino am 15. Mai 1944 und der Exekution auf dem Turchino-Pass lagen gerade mal 4 Tage. Auch auf die völkerrechtlich dringend gebotene Bekanntmachung der Namen der Geiseln ist wahrscheinlich verzichtet worden, denn der Oberbefehlshaber Südwest Kesselring hatte schon am 12. Januar 1944 befohlen: „Die Erschießung von Geiseln ist nicht bekannt zu geben.“

Immer wieder wurde in Kriegsverbrecher-Prozessen, so auch in Hamburg, behauptet, nicht nur Repressaltötungen an sich seien zulässig, sondern auch eine Quote von 10 ermordeten Geiseln für einen toten deutschen Soldaten sei mit dem Völkerrecht vereinbar. Die HLKO nennt keine konkreten Zahlen, stellt aber fest, dass Sühnemaßnahmen keinen exzessiven Charakter annehmen und nur der Abschreckung, nicht jedoch der Rache dienen dürften. Im Nürnberger Geiselmordprozess wurde eine feste Quote ausdrücklich verneint.

Richter Seedorf führte jedoch zugunsten des Angeklagten einen Führer-Befehl vom März 1944 an, an dem sich die SS im Allgemeinen und Engel im Speziellen auch später orientiert hätten. Tatsächlich hat die Legende von den 1:10 Tötungen in dem berüchtigtem Massaker in den Fosse Ardeatine ihren Ursprung, bei dem am 23. März 1944 als Vergeltung für ein Bombenattentat 335 Menschen in Rom ermordet wurden. Zuvor hatten italienische Partisanen bei einem Anschlag 32 Polizeiangehörige getötet und 68 verletzt, ein 33. Opfer starb später an seinen Verletzungen. Hitler ordnete wie erwähnt eine Vergeltung von 1:10 an.

Abgesehen davon, dass Friedrich Engel 59 Geiseln als Vergeltung für fünf getötete deutsche Marineangehörige ermorden ließ, unterschlug Richter Seedorf bei seinem Rekurs auf das Massaker in den Fosse Ardeatine jedoch völlig, dass die dortigen Verantwortlichen sehr wohl für ihre Geiselerschießung zur Rechenschaft gezogen wurden. Alle drei Hauptverantwortlichen, der ehemalige Stadtkommandant von Rom Kurt Mälzer, der Oberbefehlshaber der 14. Armee Eberhard von Mackensen und der Generalfeldmarschall Albert Kesselring wurden 1946 bzw. 1947 von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt.

Von deutschen Opfern und anderen Phantomen

Der Anwalt von Friedrich Engel hat Revision gegen das Urteil beantragt, über deren Zulassung noch nicht entschieden ist. Angesichts des überaus milden Urteils, der sehr entgegenkommenden Prozessführung durch Richter Seedorf und einer Urteilsbegründung, welche ausschließlich eine grausame Ausführung der Exekutionen als Beleg für einen Mord anführt, sowie vor dem Hintergrund bisheriger deutscher Kriegsverbrecher-Prozesse ist es nicht unwahrscheinlich, dass Friedrich Engel in der Revision freigesprochen wird.

Während das Urteil gegen Engel in der bürgerlichen Presse weitgehend als besonnen und ausgewogen gelobt wurde, kritisierte der frühere zweite Bürgermeister von Hamburg und Landesvorsitzende der FDP, Ingo von Münch, das Urteil als zu hart. Direkt nach dem Urteil zweifelte er am Tatbestand Mord und erklärte in Bezug auf den Richter: „Wer den Krieg nicht bewusst miterlebt hat, kann die damaligen Ereignisse offensichtlich nicht immer gerecht beurteilen“, lammentierte in der Zeitung „Die Welt“: Von den deutschen Opfern sei im Engel-Prozess zu wenig die Rede gewesen, diese seien „unbewaffnet und arglos“ gewesen, die Partisanen hätten jedoch „heimlich“, also heimtückisch ihre Bombe deponiert, dementsprechend sei das Urteil eine „falsche Entscheidung“.

In der liberalen Öffentlichkeit, aber auch in der antifaschistischen Linken fand der skandalöse Prozess gegen Friedrich Engel so gut wie keine Beachtung. Dabei hat der Prozess nochmals viele grundsätzliche Fragen im juristischen, aber auch im gesellschaftlichen Umgang mit Opfern und Tätern des deutschen Faschismus aufgeworfen. Viele Täter, nicht nur Engel, sind mit milden, meistens gar keinen Strafen davongekommen. Viele Opfer, so z. B. die widerrechtlich verschleppten italienischen ehemaligen Militärinternierten, haben bis heute keine Entschädigung erhalten. Verstorbene deutsche Kriegsverbrecher werden in Italien hingegen durch Kranzniederlegungen – auch durch die rot-grüne Bundesregierung – geehrt.

Partisanen

Gleichzeitig ist die Diskussion um deutsche NS- oder Kriegsverbrechen vor dem Hintergrund deutscher Militäreinsätze in aller Welt hochaktuell. Und die Debatte um die Wehrmachtaustellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat gezeigt, dass große Teile in Militär und Politik die Wehrmacht immer noch als traditionswürdig betrachten. *erk* ■

Der Beitrag - zuerst erschienen im Mitgliederrundbrief der VVN Hamburg - stützt sich maßgeblich auf die Arbeiten von Dr. Gerhard Schreiber, einem der renommiertesten Militärhistoriker Deutschlands. Als ehemaliger Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg profilierte er sich als Spezialist für die deutsch-italienischen Beziehungen im Zweiten Weltkrieg, war Gutachter in verschiedenen Prozessen und ist Autor des Buches „Deutsche Kriegsverbrechen in Italien - Täter, Opfer, Strafverfolgung“, München, 1996. Siehe außerdem auch: www.partigiani.de; www.istoreco.re.it und www.aupi.it .

Verfahren ohne Verlierer?

Die NPD und das gescheiterte Verbotsverfahren

ERFURT. Am 5.4. fand in Erfurt die erste Demonstration der NPD nach der Einstellung des Verbotsverfahrens statt, zu der von den Rechten bundesweit im Vorfeld mobilisiert wurde. Doch die erhoffte bzw. befürchtete staatlich sanktionierte Jubelfeier fiel aus. Ca. 150 bis 200 Neonazis trotteten geschützt von einem martialisch ausgestatteten Polizeiaufgebot (etwa 4 bis 5 Hundertschaften) und begleitet von

Sprechchören von ca. 500 Gegendemonstranten durch Erfurt. Doch das als nachlassenden politischen Einfluss der Neonazis zu deuten, wäre verfehlt. Denn gerade in den östlichen Bundesländern verfolgen die Neo-Nazis (z.B. NPD und „Freie Kameradschaften“) offensichtlich ein längerfristiges, weniger auffälliges aber unter Umständen viel wirksameres und damit gefährlicheres Konzept. Sie versuchen sich als soziale Bewegung zu definieren und etablieren. Auch das Motto der NPD-Demo in Erfurt weist in diese Richtung: „Arbeitsplätze statt Militäreinsätze.“

Sieg für den Rechtsstaat – und die NPD?

Zwar betonte das Gericht, dass der Einstellungsbeschluss keine Entscheidung in der Sache darstelle. D.h., das Gericht hat keine ausdrückliche Entscheidung über den „politischen Charakter“ der NPD gefällt. So kann sie jeder, der will, von seinem politischen Standpunkt aus auch weiterhin für verfassungswidrig halten und die Meinung vertreten, dass eine Partei mit solch inhaltlicher Ausstattung, sprich menschenverachtenden, rassistischen und völkischen Positionen nicht in der politischen Landschaft unterwegs sein sollte. Nur vom rechtlichen Standpunkt aus gilt die NPD mit dem Einstellungsbeschluss weiterhin als „normale“ Partei, die sich im Rahmen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bewegt und „auf dem Boden des Grundgesetzes“ steht. Das macht bei deutschen autoritätsgläubigen Durchschnittsbürgern durchaus Eindruck. Mancher mag sich fragen, warum die „notwendige Minderheit“ von drei Richtern sich zur Einstellung entschloss. Auf den ersten Blick: weil der Grundsatz eines rechtsstaatlichen Verfahrens dies gebot. Denn vor das Verbot einer Partei sind zu Recht erhöhte verfassungsrechtliche Hürden gebaut, um einen möglichst ungehinderten, von staatlicher Beeinflussung freien politischen Meinungsbildungsprozess zu sichern. Dadurch, dass in den Vorständen der Partei permanent 1-2 VS-Spitzel saßen, – und noch sitzen? – ist diese Staatsfreiheit nicht mehr gegeben. Hinzu kommt – das wurde im Erörterungstermin deutlich– Bundesamt und Landesämter wissen angeblich nichts voneinander, was die Tätigkeit und das „Führen“ von V-Leuten angeht. Die politisch Verantwortlichen agierten praktisch als „Marionetten“ an der langen Leine der VS-Funktionäre: Diese ließen die Politiker – so hatte es zumindest den Anschein – in ihrer Unwissenheit und „Unprofessionalität“ bei den Richtern „auflaufen“. Doch auch die Richter selbst schafften es im Erörterungstermin nicht, die Mauer des Schweigens der anwesenden „Verfassungsschützer“ zu durchbrechen. Resigniert mussten sie feststellen, dass sie mangels sicherer Tatsachengrundlage, was nun noch der NPD zurechenbar ist und was an Aussagen und Aktivitäten doch eher zur staatlichen Seite gehört, kein Urteil fällen können. Das wäre höchstwahrscheinlich nur durch eine Art rechtsstaatswidriges Geheimverfahren („in camera“) unter Ausschluss der NPD zu gewinnen gewesen. Die Einstellung entspricht damit rechtsstaatlichen Grundsätzen Sie entspricht allerdings leider auch dem Antrag des NPD-Anwalts Horst Mahler, der schon im Erörterungstermin das Problem aufgeworfen hatte, dass unter diesen Umständen doch ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr möglich sei und es daher zur Einstellung des Verbotsprozesses kommen müsse. Die „rechtsstaatliche Karte“ war also von den Antragstellern der NPD überlassen worden. Die Hauptverantwortung für den „politischen Supergau“ trägt letztlich der Verfassungsschutz. Deshalb müsste die wichtigste Konsequenz aus dem gescheiterten Verbot sein: Radikale Eindämmung des Geheimdienstunwesens, am besten gänzliche Abschaffung. Doch das Thema „Geheimdienste“ wurde nach dem 18.März praktisch nicht diskutiert.

Die Verlierer kehren unter den Teppich

Am Umgang CDU-regierter Länder wie z.B. Thüringen wird deutlich, wie die „Verlierer“ die Entscheidung des Gerichts für ihre Absichten nutzen können. Ministerpräsident Vogel betonte nur Stunden danach, dass es nun unbedingt einer weiteren Beobachtung der NPD durch den VS bedürfe, da ja das Verbot gescheitert sei. Dass nach Beseitigung des Spitzelunwesens die (theoretische) Möglichkeit eines neuen Antrags bestünde, wurde außen vor gelassen. In der letzten Sitzung des Thüringer Landtags stellte die PDS-Fraktion als Konsequenz aus dem Scheitern des Verbots den Antrag, die Haushaltsmittel, die für VS-Spitzel gegen bzw. in Parteien vorgesehen sind, zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte gegen Rechts umzuwidmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Und in der Debatte wollte der CDU-Innenminister nichts davon wissen, dass der Thüringer NPD-Funktionär Tino Brandt, der aus der militanten Neonazis-Szene in die Partei gekommen war („Thüringer Heimatschutz“), etwas mit dem Scheitern des Verfahrens zu tun hat. Dabei führt das Karlsruher Gericht gerade Brandt als Exempel dafür an, dass es nach Beginn eines Verbotsverfahrens auch keine „Nachsorge“, also Weiterbetreuung von V-Leuten nach ihrer „Abschaltung“ geben darf.

Neonazis als soziale Bewegung?

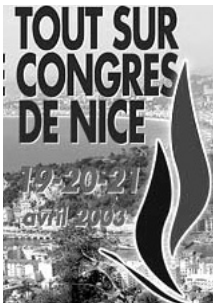
Die Neonazi-Demo in Erfurt ist trotz bundesweiter Mobilisierung schwach ausgefallen. Das darf aber nicht als „Entwarnung“ missverstanden werden. Zum einen fand zeitgleich eine Neo-Nazi Demo in Neumünster gegen die Wehrmachtsausstellung statt und für den 20. April wird nach Weimar zur Demo – in Sichtweite zu Buchenwald – mobilisiert. Zum anderen verfolgen die Neonazis eben auch die recht unauffällige Strategie der „sozialen Bewegung“. Die NPD-Anwälte Mahler und Eisenecker propagierten diese auch vor dem Bundesverfassungsgericht. Die NPD mache gerade in sozialen Brennpunkten sinnvolle soziale Arbeit und trage so zur Resozialisierung von an den Rand gedrängten Jugendlichen bei. Damit wird auf elegante und zynische Weise die Tatsache umschrieben, dass in Ostdeutschland viele Jugendclubs von Neonazis „übernommen“ werden und manche Wohngebiete schon zu sogenannten „national befreiten Zonen“ gemacht worden sind. Wenn von den gleichen Anwälten behauptet wird, die NPD trage zur politischen Bildung der Jugend bei, so versteckt sich dahinter auch die Tatsache, dass gerade in den östlichen Bundesländern von Neonazis verstärkt Immobilien aufgekauft werden, um darin Schulungszentren und ähnliches einzurichten. Ab und an werden auch Gastronomiebetriebe übernommen, oder in Unistädten „national gesinnte“ Studentenwohnheime eingerichtet, so ist zu hören. Denn man will längerfristig auch in universitären Kreisen Fuß fassen. Diese Entwicklungen sind eigentlich viel bedenklicher als eine Nazi-Demo mehr oder weniger. *sas* ■

aus Platzgründen gekürzt

Kongress des Front National in Nizza:

Die (Oster-)Nacht der langen Messer ?

Es ging zu „in aller Freundschaft, in Eintracht, gegenseitiger Zuneigung und mit Liebe zum Chef“. Vor allem wohl mit Liebe zum Chef, denn beim Front National zählt letztendlich – na ja, hauptsächlich der Chef. Und weiter im Text: „Das (Eintracht) bedeutet, es gab keinen Konflikt, keine Toten, keine Verletzten, und niemand ist in’s Loch gefallen. Es wird einige Angeschmierte geben, aber das gehört nun mal dazu.“ Solcherart äußerte sich Jean-Marie Le Pen in der Nacht vom Sonntag zu Montag, gegen 1 Uhr in der Frühe, am Rande des FN-Parteitages gegenüber den in Nizza anwesenden Pressekorrespondenten.



Am verlängerten Osterwochenende, vom 19. bis 21. April 03, fand in Nizza der zwölfte Parteitag in der Geschichte des FN statt. Orts- und Datumswahl waren alles andere als ein Zufall. Denn der Ostermontag war zugleich der erste Jahrestag des (wohl selbst für den Betreffenden) überraschenden Wahltriumphs von Parteichef Le Pen im ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl, am 21. April 2002.

Zugleich bildete das Département Alpes-Maritimes – der Bezirk, dessen Hauptstadt Nizza ist – jenen französischen Bezirk, in dem Le Pen damals am höchsten abschnitt. Nizza bleibt nach wie vor ein streng rechtes Loch, ebenso reich wie arrogant geprägt. Die beiden Demonstrationen (mit regionaler Mobilisierung), die am Samstag sowie am Montag – jeweils mit sozialdemokratischer Parteiprominenz, wie PS-Chef François Holland sowie dem Anwalt und Klassenstreber Arnaud Montebourg – stattfanden, vereinigten nur jeweils 1.000 bzw. beim zweiten Mal 600 Personen. Nicht zuletzt bleibt Nizza, die sechstgrößte Stadt Frankreichs, von einem Bürgermeister regiert, der bis 1994 selbst Jahrzehnte lang dem FN angehört hatte. Seit 1996 ist Jacques Peyrat jetzt Mitglied der konservativen Rechten – erst des RPR, dann der neuen bürgerlichen Einheitspartei UMP. Die Demonstrierenden vom Ostersamstag riefen entsprechend: „Le Pen, hau ab – aber nimm Peyrat mit!“

Doch das Klima in Nizza, mit seinem hohen Anteil an ehemaligen französischen Algeriensiedlern, bleibt günstig für die extreme Rechte. Im März 2004 tritt Le Pen hier bei den Regionalparlamentswahlen an, um Chef der Region PACA (Provence - Alpes - Côte d’Azur - zu werden. Und manche Beobachter rechnen ihm dabei sogar Chancen aus, so der gaullistische Altpolitiker Philippe Séguin (laut einem Interview in ‚Le Parisien‘ vom 20. April). Nicht zuletzt wird die Wahlrechtsreform der konservativen Rechten, mit dem diese vorab die Ergebnisse der Wahlen von 2004 manipulieren wollte, dem FN wahrscheinlich nutzen.

Zuerst hatte die bürgerliche Regierung im März einen Entwurf durchgesetzt, der die Teilnahme am zweiten Durchgang der Regionalwahlen faktisch auf die beiden größten Parteien – Bürgerliche und Sozialisten – beschränkt hätte. Doch das Verfassungsgericht zog daraufhin die Regierung an den Ohren. Nach dessen Zensur wurde eine Neufassung der „Reform“ verabschiedet, die jetzt die Teilnahme an der Stichwahl auf die großen und mittleren Parteien (ab 10 Prozent der Stimmen) beschränkt. Die Reform, die angeblich der extremen Rechten schaden sollte, wird jetzt den FN fast überall begünstigen – aber kleinere Parteien (Grüne, KP, Trotzkisten) ausschließen.

Laut FN-Angaben hat die Partei, seit dem „politischen Erdbeben“ vom April 2002, angeblich in der Region einen Mitgliederzuwachs von 30 bis 50 Prozent erlebt, gegenüber landesweit behaupteten 20 Prozent. Allerdings bleiben die Zahlen, die der FN selbst angibt, kaum überprüfbar. (Zum Vergleich: In den späten 90er Jahren hatte der FN seine Mitgliederzahlen mal mit 70.000, mal – in Feierstunden – auch mit 100.000 angegeben. Real waren es 42.000 Beitrag zahlende Mitglieder, wie sich anlässlich der Parteispaltung im Dezember 1998 herausstellte, als die „Dissidenten“ die Mitgliederkartei offen legten. Danach fand aufgrund besagter Spaltung ein gewisser Aderlass statt. Heute gibt der FN auf seiner Homepage die Anzahl seiner Mitglieder wieder mit 60.000 an; an anderer Stelle hieß es, er habe seit dem berüchtigten 21. April insgesamt 12.000 Neuzugänge verzeichnet. Das bleibt freilich schwer überprüfbar.)

Zugleich ergab eine Umfrage des Ipsos-Instituts von Mitte April 2003, dass 69 Prozent der Befragten es für „gut möglich“ halten, dass ein FN-Kandidat erneut in die Stichwahl einer Präsidentschafts-Entscheidung kommen könne. (Laut der Sonntagszeitung JDD vom 20.4.)

Neue innerparteiliche Spannungen?

(Noch) Weniger beruhigend für seine derzeitigen innerparteilichen Widersacher konnte es klingen, wenn Le Pen den oben zitierten Ausführungen voraus schickte: „Es ist erstaunlich, jene, die am Morgen ihre Ostern feierten, am Nachmittag ihre Dolche herausholen zu sehen.“ (Der Spruch basiert auch auf der klanglichen Nähe, im Französischen, zwischen „Paques“ – für Ostern – und „dagues“, für Dolche.) Das wurde von vielen Journalisten als Anspielung auf den Flügel der katholischen Fundamentalisten beim FN aufgefasst. Und, vor allem: „Das erinnert mich an die Spaltung von 1998“ (bei der Le Pen und Mégret sich als Rivalen gegenüber standen) „und dieses Mal weiß ich, was zu tun ist!“

Seine momentanen innerparteilichen Widersacher, das sind andere als jene von 1998. Damals war der größere Teil der jüngeren – das heißt, in den Mittvierzigern befindlichen – und gut ausbildeten Kader der Partei, die sich gegen den Chef aufgelehnt hatten, Bruno Mégret nach seinem Hinauswurf aus dem FN gefolgt. Sie hatten damals die Entwicklung einer längerfristig angelegten Strategie der Machtbeteiligung, und – dem entsprechend – einer halbwegs realitätstauglichen Bündnispolitik gegenüber der konservativen Rechten eingefordert. Beim alternden Chef vermissten sie dies, da Le Pen sich hauptsächlich für seine eigene Macht innerhalb der Partei interessiere und kein zukunftsträchtiges Projekt zu entwickeln suche. Umgekehrt klagte Le Pen, aber auch die „alte Garde“ der Partei sie an, den Verrat an der „Bewegung“ vorzubereiten und aus dieser einen Bettvorleger für die Bürgerlichen machen zu wollen.

Bekanntlich ist ihr Unternehmen auf der ganzen Linie gescheitert: Der Versuch der innerparteilichen Machtübernahme misslang, und die daraus erwachsende Abspaltung – die jetzige Partei Bruno Mégrets, der MNR – blieb erfolglos. Unter anderem deswegen, weil der Widerspruch zwischen dem Versuch, smarte Bündnispolitik gegenüber den Konservativen zu betreiben, und dem eigenen ideologischen Profil des MNR (dieser hatte die härtestesten Elemente der extremen Rechten, biologistische „Rassialisten“ und Neonazis, mitgenommen) zu stark ausfiel. Der Spagat war einfach zu groß. Ein anderer Grund des Scheiterns war natürlich, dass die Wählerschaft der extremen Rechten stärker auf die Person von Jean-Marie Le Pen fixiert war, als auf jene Kader, die zwar das FN-Programm sorgfältig ausgearbeitet hatten, aber als Personen weithin unbekannt blieben. Letztere bildeten das Gerüst der Kaderorganisation MNR.

Die „alte Garde“ gegen die Dynastie?

Heute sehen die innerparteilichen Frontverläufe beim FN – der als einzige größere rechtsextreme Partei übrig blieb, nachdem der MNR (auf wohl längere Sicht hin) Schiffbruch erlitt – anders aus. Denn derzeit ist es die gesamte alte Garde der

Partei – jene, die damals Mégret der „Vorbereitung von Verrat“ bezichtigte –, die im Visier ist. Sie widersetzt sich heute ihrem alternden Chef, der im Juni dieses Jahres 75 Jahre alt wird. Nicht aus Prinzip, aber weil sie dessen Versuch ablehnt, beim FN eine „dynastische Erbfolge“ an der Parteispitze einzufädeln. Denn Jean-Marie Le Pen setzt derzeit alles daran, seine jüngste Tochter Marine Le Pen – 34 Jahre, ehemalige Anwältin, seit 1998 Leiterin der eigens für sie geschaffenen Rechtsabteilung des FN – als seine Nachfolgerin einzusetzen.

Doch die „alten Kämpfer“, die in ihrer Mehrheit seit den Gründungstagen der Partei 1972 dabei sind, wollen keine Thronerbin, die nicht ihrerseits die „Ochsentour“ der Kaderarbeit auch in widrigen Zeiten durchlaufen hat, sondern „von oben“ eingesetzt wird. Selbst der Alterspräsident des Politischen Büros des FN – das ist die zweithöchste Führungsinstanz der Partei –, Pierre Descaves, ein alter Getreuer, erklärte am Dienstag (22.4.) in der Boulevardzeitung ‚Le Parisien‘: „Der Patron ist heute Jean-Marie Le Pen. Solange er da ist, werden wir tun, was er von uns verlangt. Aber wenn er nicht mehr da sein wird, dann wird jeder sein Lager wählen.“

Die Anhänger des Generalbeauftragten Bruno Gollnisch – der als offizieller Anwärter auf die Nachfolge von Parteichef Le Pen gilt –, unterstützt von Generalsekretär Carl Lang, hatten im Vorfeld des Kongresses alles getan, um bei der Delegierten-Auswahl darauf zu achten, dass Marine Le Pen wenig Unterstützung genießen würde. Dabei konnten sich die Gollnisch-Unterstützer und die „alte Garde“ vor allem auf den katholisch-fundamentalistischen Flügel stützen, für den Marine Le Pen – geschieden mit drei Kindern, und seit kurzem mit dem FN-Jungpolitiker Eric Iorio wieder verheiratet – ohnehin einen schändlichen Lebenswandel treibt.

Der neue Vorstand

Bei der Wahl des 100-köpfigen Zentralkomitees des FN, des dritthöchsten Parteigremiums, am Sonntag konnten die Marine Le Pen feindlich gesinnten Kräfte beinahe durchmarschieren. Die ersten sieben Plätze wurden ausnahmlos von alten Kämpfern belegt, darunter der alte Militarist Roger Holeindre – Chef des FN-nahen Veteranenverbands CNC –, Bernard Antony von den katholischen Fundamentalisten, der Bürgermeister von Orange – Jacques Bompard – und die Witwe (eines 1988 verstorbenen FN-Generalbeauftragten) Marie-France Stirbois. Bruno Gollnisch kam mit 842 Stimmen (bei insgesamt 1.350 Delegierten) unangefochten auf Platz 1, Carl Lang erhielt Platz 2. Hingegen landete Marine Le Pen mit 453 Stimmen, gut halb so viel wie für Gollnisch, nur auf dem 34. Platz. Zuvor waren Wahlaufrufe gegen ihre Person und eine Liste mit 100 „richtigen Namen“ unter den Delegierten zirkuliert.

Prompt griff Jean-Marie Le Pen zu einem Husarenstreich. Per eigenmächtiger Verfügung entschied er, das Politische Büro – die zweithöchste Instanz – kurzerhand von 40 auf 50 Mitgliedern zu vergrößern. (Dieses Büro wird normalerweise durch das Zentralkomitee gewählt. Die Terminologie darf übrigens nicht verwundern: Da die KP in Frankreich die erste Massenpartei und damit organisatorisches Vorbild war, tragen auch andere politische Parteien diese „realsozialistisch“ klingende Terminologie.) Anlässlich einer eilig von ihm einbestellten Sitzung des Büros am Samstag noch vor Kongressbeginn hatte Le Pen dessen Mitglieder auf Linie gebracht. Wem das – von ihm – Beschlossene nicht passe, könne ja gehen, hatte er ihnen beschieden. Zugleich hatte Le Pen entschieden, „aus Generationsgründen und um den Frauen einen Platz zu geben“, den (oft) Mittdreißigern um Marine Le Pen die 10 zusätzlichen Plätze im Politischen Büro zuzuschanzen. So hält etwa die Pariser Regionalparlamentarierin Marie-Christine Arnautu ihren Einzug, die als 99. von 100 Mitgliedern im Zentralkomitee ganz knapp noch gewählt worden war.

Am Montag dann ernannte Jean-Marie Le Pen seine Tochter Marine auch noch zur Vizepräsidentin der Partei – einen Posten, den es bisher gar nicht gab, da der Chef keine „Nummer Zwei“ neben sich dulden wollte. Und der bisher sorgfältig darauf achtete, die beiden wichtigsten Parteiämter – das des Generalbeauftragten, und jenes des Generalsekretärs – gegeneinander auszuspielen und beide im Gleichgewicht zu halten. Die nunmehrige Vizepräsidentin der Partei wurde, aufgrund ihrer Funktion, vom Herrn Vater zugleich in’s Exekutiv-Büro gehievt – die allerengste Führungsinstanz rund um den Parteichef. Das gab lange Mienen bei Gollnisch und Konsorten.

Bernhard Schmid, Paris/derzeit Nizza ■

Frankreich: Fortgang der Massenabschiebungen

Nach Ansicht der senegalesischen Regierung ist es besser, „ihre Staatsbürger selbst abholen zu kommen“, wenn diese sich illegal auf französischem Boden aufhalten, „anstatt diese per Charterflug abgeschoben zu sehen“. Das erklärte sie am vergangenen Dienstag (15. April). In den letzten Wochen war im Zusammenhang mit den Kollektivabschiebungen wiederholt von polizeilicher Gewalt die Rede gewesen. Eine in Dakar ansässige Menschenrechtsorganisation, das Afrikanische Treffen für Menschenrechte (Radho), hat deswegen im März 03 angekündigt, Klage gegen den französischen Staat zu erheben. Nach Ansicht der Regierung in Dakar ist das Problem anscheinend geringer, wenn die Polizisten senegalesischer Nationalität sind. Bereits am Mittwoch, 9. April war in Paris eine entsprechende Vereinbarung vom französischen Innenminister Nicolas Sarkozy und dem senegalesischen liberal-bürgerlichen Präsidenten Abdoulaye Wade unterzeichnet worden. Beim nächsten Abschiebeflug, der im Verlauf dieser Woche von Paris aus geplant ist, weden daher keine französischen Beamten mehr an Bord sein, sondern nur noch senegalesische Uniformträger. Außerordentlich praktisch für einen imperialistischen Staat wie Frankreich, wenn er solcherart den schmutzigen Job an eine „Subfirma“ delegieren kann...

Die Proteste gehen unterdessen ebenfalls weiter. Am Nachmittag des 17. April wurden sechs Passagiere eines Linienflugs der Gesellschaft Air Méditerranée von Paris nach Bamako - Hauptstadt des westafrikanischen Mali - festgenommen, die gegen die Anwesenheit von Abschiebehäftlingen an Bord protestiert hatten. Drei von ihnen befanden sich am Wochenende noch in Haft, unter ihnen der Landwirt Patrick Hermann, Führungsmitglied der linken und internationalistischen Bauerngewerkschaft Confédération paysanne von José Bové. Seine Gewerkschaft protestierte am Wochenende energisch gegen die Inhaftierung und gegen die Behandlung „illegaler“ Einwanderer.

Nach Augenzeugenberichten waren am Donnerstagmittag sieben Staatsbürger Malis, begleitet von acht französischen Polizisten, an Bord genommen worden. Die Abschiebehäftlinge kamen aus der exterritorialisierten „Transitzone“ am Pariser Flughafen Roissy, so dass sie juristisch behandelt werden, als hätten sie nie französischen Boden betreten. Den Augenzeugen zufolge wehrten sie sich verzweifelt - nicht gegen ihre Abschiebung „an sich“, aber dagegen, ohne ihre Ersparnisse abgeschoben zu werden, mit denen sie einzuwandern versucht hatten. Die Betroffenen erklärten, Polizisten hätten sie misshandelt und ihnen ihr Geld abgenommen. Daraufhin wurden die Passagiere, die sich mit ihnen solidarisiert hatten – vor allem jene, die Fotos aufgenommen hatten – und vier der Malier inhaftiert. (Für Abschiebehäftlinge bildet die Weigerung, das Transportmittel zu betreten oder in ihm zu verbleiben, eine Straftat namens „refus d’embarquement“. 5.000 bis 8.000 „illegale“ Immigranten befinden sich deswegen derzeit in Haft.) Schlussendlich wurde der gesamte Flug Paris - Bamako vom Donnerstag annulliert.

Zwischen 1997 und 2002 erfolgten jährlich im Durchschnitt 12.000 Abschiebungen per Linienflug. Doch die Anwesenheit von ZeugInnen kann zu Problemen führen, wie obiges Beispiel zeigt. „Jetzt verstehen Sie, warum wir Sonderflüge einrichten“, erklärte am Donnerstagabend ein hoher Polizeifunktionär gegenüber der Tageszeitung ‚Libération‘. Solche Kollektivabschiebungen per Charterflug nehmen seit Anfang März dieses Jahres sprunghaft zu. Innenminister Nicolas Sarkozy hatte am 26. März vor dem französischen Parlament zum Ziel erklärt, jede Woche ein Charterflugzeug mit Abschiebehäftlingen abheben zu lassen. *BhS, Paris* ■

Für Schließung des Asyllagers auf dem Lechfeld

Dezentrale Unterbringung ist nötig!

Augsburg. Die Landtagsabgeordnete Elisabeth Köhler, Marianne Grönninger, Vorstandssprecherin der Grünen im Landkreis Augsburg, und Matthias Schopf-Emrich, Vorstandsmitglied des Vereins „Tür an Tür“ in Augsburg, machten am 24. März 2003 in einem Pressegespräch deutlich, dass die humane Unterbringung von Asylbewerbern dringend nötig ist.

Elisabeth Köhler hatte zuvor die Unterkunft für Flüchtlinge in Kleinaitingen angesehen und ein Gespräch mit Herrn Olbrich, Regierung von Schwaben, geführt. „Die Unterkunft in Kleinaitingen ist eine der schlimmsten, die ich kenne“, erklärte sie. Zwischen Tornadostartbahn und Autobahn und deren ständiger Lärmbelästigung gelegen ist das mit Maschendraht eingezäunte Containerdorf 2,5 km entfernt von jedem Dorfkern oder Haltestelle eines öffentlichen Verkehrsmittels. Im November 1992, vor 10 Jahren also, wurde die Asylunterkunft eröffnet; damals hieß es, dies sei nur ein Provisorium. Je 3 Doppelreihen Container mit je 3 Plätzen für Asylbewerber, für insgesamt 208 Personen bei Maximalbelegung. Von den ursprünglich 3 Sozialräumen ist nur einer geblieben, er wurde als Gebetsraum genutzt. Von den einstmals vorhandenen Gangtelefonen ist keines mehr vorhanden. „Wir sind doch menschliche Wesen und keine Tiere“, so ein Sprecher der Asylbewerber. Nach zahlreichen Protestaktionen und Hungerstreik gegen ihre isolierte, inhumane Unterbringung zerstörte ein Großbrand schließlich 30 Container, ein Drittel des Lagers. 24 Asylbewerber werden nun wegen versuchten Mordes und Brandstiftung angeklagt. Die Bewohner der 30 ausgebrannten Container wurden in den bisherigen Gebetsraum und auf zusätzliche Betten in den restlichen Containern verteilt oder in andere Unterkünfte in ganz Schwaben verlegt. Die Lage für die Asylsuchenden ist nach wie vor trostlos.

Das soll sich ändern. Elisabeth Köhler will eine Anfrage erstellen wegen der restriktiven Auflagen der Ausländerbehörden und ein Treffen grüner Kommunalpolitiker im Landkreis organisieren, um auszuloten, ob es nicht doch dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten gibt. Sie fordert, das Containerdorf nach und nach zu schließen. Es sei notwendig, dass der Landkreis und die Bürgermeister der verschiedenen Kommunen sich für weitere und kleinere Unterkünfte im Kreis einsetzten.

Da beißt sie bei der Regierung von Schwaben aber auf Granit. Auf die AZ-Frage „Könnte die gesamte Anlage geschlossen oder verlegt werden?“ antwortete Gerhard Olbrich, zuständig für Flüchtlingswesen bei der Regierung von Schwaben: „Das kommt schon deshalb nicht in Frage, weil wir keine großen freien Kapazitäten haben. Außerdem können wir nicht zulassen, das die Asylbewerber ihren Aufenthaltsort selbst bestimmen. Sonst würden 90 Prozent der in Schwaben lebenden Flüchtlinge in Augsburg wohnen wollen. Das geht einfach nicht.“

Umso bedeutender ist die Forderung nach Lockerung der Residenzpflicht. Bisher dürfen Kleinaitinger Asylbewerber den Landkreis Augsburg nur mit einer Sondergenehmigung verlassen, spontane Besuche in der kreisfreien Stadt Augsburg sind nicht erlaubt. Auf Verständnis und Engagement hofft hier Marianne Grönninger, Vorstandssprecherin der Grünen im Landkreis Augsburg. Sie wolle den Kreistag erneut mit der Problematik der Residenzpflicht konfrontieren, zumal die Stadt Augsburg zu einer Lockerung bereits positive Signale gegeben habe. Eine Lockerung der Residenzpflicht lehnte Landrat Dr. Karl Vogele aber bisher aus Sicherheitsgründen ab. „Eine reine Schikane“, nennt dies Elisabeth Köhler, diese „gezielte Diskriminierung“ könne sie nicht verstehen. *baf* ■

EU-Datenbank gegen „Asylmissbrauch“

Berlin. Anfang des Jahres hat das europäische automatisierte Fingerabdruck-Identifizierungssystem (EURODAC) in Luxemburg seine Arbeit aufgenommen, teilt das BMI in seinem Informationsheft „innenpolitik“ mit. Die von der EU betriebene Datenbank speichert die Fingerabdrücke aller Ausländer, die in der EU Asyl beantragen oder unerlaubt einreisen wollen. Ziel von EURODAC sei eine effektive Anwendung des Dubliner Übereinkommens und damit eine Vermeidung von „Asyltourismus“ in der EU, heißt es. Nach Schätzungen der EU-Kommission stellt jeder fünfte bis zehnte Asylbewerber mehr als einen Asylantrag innerhalb der 15 EU-Staaten. Laut Bundesinnenminister Schily wird es künftig einfacher, durch den Vergleich der zentral gespeicherten Daten parallele Asylverfahren in den Mitgliedstaaten aufzudecken und den Mitgliedstaat zu bestimmen, der für die Prüfung des Asylantrags zuständig sei.

Die Perfektionierung der Abschottung Europas wird offensichtlich immer weiter vorangetrieben.

Quelle: innenpolitik März 2003 ■

München soll Deserteure aufnehmen !

München soll sich bereit erklären, amerikanische und britische Deserteure des Golfkrieges zu unterstützen und weiterhin irakische Flüchtlinge aufzunehmen, das haben die Grünen in einem Antrag an den Stadtrat gefordert. In dem Antragstext heißt es:

1. Die Landeshauptstadt München erklärt sich bereit, Deserteure der amerikanischen und britischen Truppen, die die Teilnahme am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verweigern, aufenthaltsrechtlich zu unterstützen. Gleichzeitig erklärt sich München bereit, auch weiterhin irakische Flüchtlinge – und evtl. Deserteure – aufzunehmen.
2. Die Verwaltung prüft und stellt dar, auf welche Art und Weise die Ausländer-

behörde desertierende amerikanische und britische Soldaten vor einer Auslieferung und Strafverfolgung wegen Desertion schützen kann.
3. Die Verwaltung stellt dar, wie sich derzeit die Situation von Flüchtlingen aus dem Irak zahlenmäßig und aufenthaltsrechtlich darstellt. Es ist auch zu berichten, in welcher ausländerrechtlichen Lage sich Flüchtlinge aus dem Irak befinden, die angeben, sie wären desertiert.

Begründung: Seit nunmehr zwei Wochen führen die USA, unterstützt vor allem von Großbritannien, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak. Die Behauptungen der USA, der Krieg würde nur wenige Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern, haben sich inzwischen als eindeutig falsch herausgestellt. Jeden Tag kostet dieser Krieg neue Opfer. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis - wie während des Vietnam-Krieges - auch amerikanische (oder britische) Soldaten desertieren.

Wenn diese vor ihrer Desertion in Deutschland stationiert sind bzw. nach Deutschland flüchten, haben sie weniger ein aufenthaltsrechtliches Problem als das Problem einer Auslieferung: Wenn der Grund ihres Aufenthaltes - Teil der hier stationierten amerikanischen Streitkräfte - entfällt, würde auch ihr Aufenthaltstitel entfallen. Für amerikanische und englische Staatsbürger gelten jedoch EU bzw. EU - ähnliche Aufenthaltsregelungen - doch was geschieht mit diesen, wenn USA oder Großbritannien die Auslieferung verlangen würden?

Welche Möglichkeiten sieht das Kreisverwaltungsreferat, den Desertierenden beizustehen, um eine Auslieferung zu verhindern?

Auch die Situation der irakischen Flüchtlinge spitzt sich zu. Wenn der Krieg länger dauert, ist anzunehmen, dass ein Teil der Flüchtlinge auch nach Deutschland kommen wird. Hier ist ebenfalls die Situation der Flüchtlinge sowie deren derzeitige zahlenmäßige Entwicklung darzustellen.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste – Initiative: Siegfried Benker ■

Friedensbewegung will Antikriegsarbeit fortsetzen

Im Folgenden dokumentieren wir Beiträge und Ergebnisse einer Aktionskonferenz der Friedensbwegung, die am 13. April in Frankfurt stattfand:
1. eine abschließende Erklärung von Willi van Ooyen über die Ergebnisse der Aktionskonferenz
2. das einleitende Impulsreferat zu dieser Konferenz, das Andreas Buro gehalten hat.

Ergebnisbericht von Willi van Ooyen

Auf einer Aktionskonferenz in Frankfurt haben sich am Sonntag, den 13. April 120 Vertreter von Friedensorganisationen und Friedensgruppen über die neuen Herausforderungen und Antworten der Friedensbewegung ausgetauscht.

Der militärische Sieg der US-geführten Truppen im Irak bedeutet nicht das Ende der Antikriegsaktionen, sondern eröffnet eine neue Phase des Friedensengagements. Jetzt kommt es darauf an, die neu entstandenen oder gestärkten Friedensgruppen vor Ort zu konsolidieren und neue Aktive in die kontinuierliche Arbeit einzubeziehen.

Ein Focus friedenspolitischer Aktivitäten wird weiterhin die Lage im Irak, die Verstöße gegen Menschen- und Völkerrecht und der globale Machtanspruch der US-Regierung sein. Der Krieg gegen den Irak müsse von der UNO politisch als völkerrechtswidrig verurteilt werden. Sonst drohe die Gefahr, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Eine von den Invasoren dominierte Nachkriegsordnung im Irak ist abzulehnen.

Wir warnen vor neuen Hegemonialkriegen und verurteilen die Drohung mit Atomwaffen, wie sie aus den Äußerungen des Präsidentenberaters Richard Perle und anderer maßgeblicher US-Politiker hervorgeht. ... Auf der Tagesordnung steht die Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen weltweit, auch in den USA, in Großbritannien, in Russland und bei uns in Deutschland. Rüstungsexporte müssen verboten werden.

Ein nachhaltiger Frieden im Nahen und Mittleren Osten ist nur möglich, wenn der israelisch-palästinensische Konflikt zu einer politischen Lösung geführt wird, die von beiden Seiten akzeptiert werden kann. Wir treten ein für das Lebensrecht der Israelis und der Palästinenser und fordern nachdrücklich Anstrengungen für zivile Konfliktlösungen in der Region. Besorgt sind wir über die zunehmende Gewalt der israelischen Armee gegenüber internationalen Friedensaktivisten. In den letzten drei Wochen gab es drei ausländische Opfer, die lebensgefährlich verletzt oder getötet wurden, während sie gewaltfrei versuchten, Menschen oder Häuser in den besetzten Gebieten zu schützen. Wir sind erschüttert, dass die Weltöffentlichkeit darüber nichts erfährt und fordern ein sofortiges Ende der Gewalttaten.

Auch die Verantwortung der europäischen Regierungen und der Bundesregierung steht auf der Tagesordnung. Die Friedensinitiativen wollen nicht zulassen, dass der Irakkrieg zu einer Militarisierung Europas oder zu einer Erhöhung des Rüstungsetats führt. Entsprechenden Forderungen aus den Reihen von SPD und Grünen wurde eine entschiedene Absage erteilt. Dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee und der Aufstockung der Rüstung treten wir entgegen. Wir werden deutlich machen, wie Aufrüstung und Sozialabbau Hand in Hand gehen und damit am ersten Mai den Schulterschluss mit den Gewerkschaften suchen. ... Eine am 1. September 2003 in Hannover geplante Konferenz soll die Zusammenarbeit von Friedens- und Gewerkschaftsbewegung verdeutlichen.

Nach den großen Friedensdemonstrationen der letzten Wochen zogen die Teilnehmer eine ermutigende Zwischenbilanz. Noch nie waren weltweit so viele Menschen für den Frieden auf den Straßen. Jetzt ist es an der Zeit, dass der Protest gegen den Krieg weitergeführt wird, um die Kriegsursachen zu bekämpfen und Alternativen der friedlichen Konfliktbearbeitung durchzusetzen. Wir können das schaffen, wenn wir unsere Vielfalt und Kreativität bewahren.

Vor allem den internationalen Charakter der Friedensbewegung gilt es zu vertiefen. Hierzu werden die Friedensgruppen die begonnene Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ausbauen und intensiv am Aufbau von Kontakten in die USA, nach Osteuropa und in den Nahen und Mittleren Osten arbeiten. Die Aktionskonferenz wird den europäischen Partnern einen europäischen Aktionstag im engen zeitlichen Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Evian (31. Mai 2003) vorschlagen.

Im November soll im Rahmen des Europäischen Sozialforums in Paris eine europäische Friedenskonferenz Raum für weitere Vernetzung bieten. Das Ziel ist ein ziviles Europa, das seine Kraft für eine friedliche und gerechte Entwicklung der Welt einsetzt. Wir fordern Abrüstung für den Frieden!

Vortrag von Prof. Dr. Andreas Buro

Der Irak-Krieg ist militärisch entschieden – ungeklärt ist das Ausmaß der Opfer und der Zerstörung. Unklar ist die Einstellung der verschiedenen Teile der irakischen Gesellschaft gegenüber den Invasoren. Es kann nur darüber spekuliert werden, welche Konflikte dem militärischen Sieg folgen werden. Von der Nachkriegsordnung wissen wir, dass die USA auf eine Protektorats-Administration mit geringen Beteiligungsmöglichkeiten für irakische Politiker zu steuern. Die Rolle der UN soll dienend sein. Wir wissen wenig Genaues über die Destabilisierung der Region. Ist aktive Empörung wirksam oder hat der schnelle militärische Sieg zu Resignation im arabisch-islamischen Bereich geführt? Die Globalisierungspolitik der Triade, also der Staaten der Industriezentren in Westeuropa, Nordamerika und Ostasien, insbesondere die der USA, haben heftige Reaktionen in anderen Ländern, Kulturen und Religionen ausgelöst. Diese können sich als Attentats-Terrorismus als Reaktion auf den Kriegs-Terrorismus entladen. Die Friedensbewegung setzt auf zivile Konfliktlösung. Sie hat keinen Grund, sich mit irgend welchen gewaltsamen Formen des Konfliktaustrags zu solidarisieren.

Für die Friedensbewegung war es ein großer Erfolg, die Weltöffentlichkeit gegen den Krieg sichtbar gemacht zu haben. Man sprach von der „Zweiten Weltmacht". Man sagte, dass die Demonstrationen eine europäische Nation auf der Ebene der Gesellschaften geschaffen haben. Wir lasen über den bleibenden Eindruck auf die Menschen, die sich beteiligt hatten und über die Demonstration einer Kultur des Friedens. Deutlich wurde auch der Gegensatz von Gesellschaft und Regierungen – manchmal vielleicht nicht deutlich genug!

Die Internationalisierung der Friedensbewegung hatte eine enorme Bedeutung. Dass dies möglich wurde, hing in hohem Maße mit der vorhergehenden Globalisierungskritik von Seattle bis Genua zusammen. Eine erste Schlussfolgerung an dieser Stelle: Die Kooperation von Friedensbewegung und Attac ist ein wichtiges Ergebnis dieser breiten Mobilisierung. Sie muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Doch die erreichte hohe Mobilisierung eines sozialen Protests lässt sich nach allen Erfahrungen nicht auf Dauer aufrecht erhalten, zumal der Krieg geführt und beendet wurde.

Es gilt nun der Enttäuschung, Empörung, dem Zorn und dem Streben nach Alternativen zum Krieg eine über den Krieg hinaus weisende Perspektive zu geben.

Durch die große Mobilisierung hat die Friedensbewegung politisch sehr unterschiedliche Menschen zusammen geführt. Das ist durchaus vorteilhaft, weil es viele Anknüpfungspunkte bietet. Es stellt uns aber auch vor die große Aufgabe, soziale Lernprozesse zu ermöglichen, um politisches Engagement zu stabilisieren. Für dauerhafte Friedensarbeit ist die Bindung der Menschen an lokale und/oder themenspezifische Gruppen sehr wichtig. Das konnte in der Kürze der Zeit nur in begrenztem Maße geschehen und muss jetzt nachgeholt werden.

Bei den Beratungen über die zukünftige Arbeit müssen wir sehr sensibel sein für die Motive derjenigen, die sich in den jüngsten Wochen und Monaten mobilisiert haben. Gerade in dieser Hinsicht ist es so wichtig, dass Themen und Aktionen in den Gruppen beraten werden, damit viele ihre Vorstellungen einbringen können und die kollektive Phantasie für Aktionen zum Zuge kommt. Das fördert nicht nur die Bildung lokaler Friedensinitiativen und ihre Arbeit, sondern auch die Bereitschaft der Menschen sich zu engagieren. Bevor ich Schlussfolgerungen zur Diskussion stelle, ein Blick auf die grundsätzlichen Probleme der Situation, der wir uns zu stellen haben.

Grundsätzliche Probleme und Strukturen

Der Irak-Krieg sowie die Ankündigung von Präventiv-Kriegen durch Washington ist ein Schritt im Prozess der Globalisierung im Rahmen einer unipolaren Machtkonstellation. Die einzige Globalmacht will nach ihren Interessen und mit ihren überlegenen militärischen Mitteln Globalisierung gestalten. Dabei geht es vorrangig um vier Ziele: Öl-Beherrschung, Regionalmacht-Rolle, Ausbau der militärischen geo-strategischen Position der USA und nicht zuletzt um die Durchsetzung der Marktöffnung im Sinne des Neo-Liberalismus. Alle anderen Begründungen – wie Bedrohung durch Massenvernichtungsmittel, Einführung der Demokratie, Führung eines Gerechten Krieges – sind vorgeschobene Behauptungen zur Legitimierung des Krieges.

Der US-Krieg gegen den Irak markiert den offenen Ausbruch des Kampfes in und außerhalb der Triade um die Weltordnung, die sich seit 1989 heraus bildet. Die USA nehmen hierfür einen großen Verlust an Glaubwürdigkeit als demokratisch-rechtliche Vormacht, die sie in großen Teilen der Weltöffentlichkeit - nicht zuletzt der westlichen – besaßen, in Kauf. Damit verdeutlichen sie ihre Missachtung gegenüber der Meinung anderer Völker. Die Solidarität vom 11.9.2001 ist verspielt: „Bagdad = x mal 11. 9."

Diesen Kampf innerhalb der Triade spiegelt auch die Auseinandersetzung über den Wiederaufbau im Irak und das Ausmaß der Einbeziehung der UN wider. Dabei ist die EU in einer Zwickmühle: Sie kann einerseits nicht an einem Scheitern interessiert sein, da hierdurch die ganze Region destabilisiert würde. Trägt sie andererseits zu einem Erfolg bei, so bestätigt sie damit die US-Strategie des präventiven Angriffskrieges. Der Irak-Krieg ist also ein Testfall für die US-Strategie, ob sie ihren Weltmachtanspruch militärisch durchsetzen und die Kosten dafür auf ihre Konkurrenten abwälzen kann.

Die schwere Beschädigung der UN durch die völkerrechtswidrige Entscheidung der USA/GB, den Krieg aus eigener Machtvollkommenheit zu beginnen, wird bewusst betrieben. Dabei ist nicht zu vergessen, dass die ‚Neue NATO' in ihrer Grundsatzerklärung Angriffskriege ohne Sicherheitsrats-Beschluss vorsieht und dies auch im Kosovo-Krieg praktiziert hat. Die NATO-Staaten sehen also den Charta- und Völkerrechtsbruch insgesamt vor. Die UN-Weltordnung wird somit nicht nur von den USA, sondern auch von den anderen ‚Starken' mehr oder weniger in Frage gestellt. Deshalb und aus anderen Gründen bezeichnet die Rot-Grüne Regierung den Irak-Krieg auch nicht als völkerrechtswidrig. Die Auseinandersetzung innerhalb der Triade ist also keine grundsätzliche zwischen Recht und Unrecht, sondern es geht im kooperativ-kompetitiven Verhältnis um die Einfluss- und Zugriffsmöglichkeiten der Staaten.

Wir sollten deshalb die „Achse der Aggressiven" nicht unterschätzen. Die EU beabsichtigt unter Führung von Frankreich und Deutschland die Antwort auf die Herausforderung der USA durch militärische Aufrüstung der EU zu geben, um eventuelle militärische Interventionen (z.B. im Balkan) möglichst eigenständig betreiben zu können.

An der neoliberalen Globalisierungspolitik der Triade gegenüber den anderen Ländern ändert der Konflikt um den Irak innerhalb der Triade grundsätzlich nichts. Es geht intern nur um so genannte ‚nationale Interessen' und um die Stärkung bzw. Schwächung der EU in der Auseinandersetzung mit den USA. Dabei hat die schwächere Seite – die EU – mehr Interesse an der Erhaltung internationalen Rechts und der UN, weil ihr dies erlaubt, sich im Konflikt mit den USA auch ziviler Bereiche und Instrumente wirksamer zu bedienen. Dabei kann sie Einfluss ausüben, nicht aber wenn die Konflikte militärisch behandelt werden. Dieser graduelle Unterschied ist nicht unwichtig! Eine ernsthafte Zuwendung zu einem Dialog mit den arabisch-islamischen Staaten ist nicht erkennbar. Ebenso wenig eine Prüfung des Eigenverschuldens des Westens an der Empörung über die westliche Globalisierungspolitik. Dementsprechend ist auch keine wesentliche Änderung der Triade-Staaten gegenüber der arabisch-islamischen Welt zu erwarten.

Schlussfolgerungen

Beispielhaft nenne ich einige dringende Arbeitsfelder, die sicher noch in vielen Aspekten erweitert werden können:

1. Die Internationalisierung der Friedensbewegung sichern und erweitern. Strate-

gisch wichtig sind Partnerschaften mit Friedensgruppen in den USA, um diese zu unterstützen. Slogan: „Frieden braucht internationale Zusammenarbeit der Menschen“.

2. Die Kooperation zwischen Globalisierungskritik und Friedenspolitik ausbauen. Dadurch werden die Ursachen und Zusammenhänge von Konflikten viel stärker in das Bewusstsein der Gesellschaft gebracht. Gemeinsame Kampagnen zur friedenspolitischen Bedeutung eines konsequenten Ausbaus alternativer Energien erscheinen mir sehr sinnvoll. Die Energieversorgung, die Verteilung von Wasser, das Verhalten internationaler Konzerne zu erforschen und dazu Aktionen und Kampagnen zu starten, kann für viele Gruppen eine spannende Aufgabe sein.

3. Stärkung und Reform der UN als potentiellem Träger von Völkerrecht mit Perspektive Weltinnenpolitik und soziale Gerechtigkeit. Kampagne: 1 Millionen Euro für UN sammeln für Opfer von Kriegs- und Attentats-Terrorismus. Slogan: „Recht und Gerechtigkeit stärken, statt Willkür der Starken“.

4. Auf Sicherung und Ausbau des Völkerrechts bestehen. Ein Tribunal hierzu, in dem alle Argumente für und wider den Angriffs- und Präventivkrieg erörtert werden, kann die Sensibilität für diese wichtige Problematik erweitern und erneutem Völkerrechtsbruch entgegen wirken.

5. Die systematische und öffentliche Kritik an der Militär- und Gewaltpolitik der USA muss laufend, evtl. in einem eigenen Informationsdienst, betrieben werden.

6. Sich gegen die falsche Weichenstellung der EU, selbst Interventionsstreitkräfte mit allen Folgerungen aufzubauen, wenden und Abrüstung fordern. Hierzu sollten wir Vorschläge der Friedensgruppen erbitten und veröffentlichen. Slogan: „Die Aufrüstung der EU ist die falsche Antwort“.

7. Für zivile Konfliktlösungen in Mittel- und Nahost eintreten. In diesem Themenkomplex muss der israelisch-palästinensische Konflikt, eingebettet in einen langfristigen Dialog-Prozess in der ganzen Region nach KSZE-Vorbild, eine zentrale Rolle spielen. Gerade in Deutschland könnten wir damit dazu beitragen, die Tabus gegenüber Israel einerseits und dem bewaffneten Befreiungskampf der Palästinenser einer friedenspolitischen Bearbeitung zugänglich zu machen. Klammheimlichem Antisemitismus könnte dadurch der Boden entzogen, ohne deshalb die Kritik der israelischen und palästinensischen Politik hinten an stellen zu müssen. ... Das Ziel müsste sein, einen möglichst breiten Dialog-Prozess in Gang zu setzen.

8. Immer wieder wird die Friedensbewegung als idealistisch und naiv diffamiert, als wollten wir lediglich „die andere Wange hinhalten“. Deshalb bedarf es einer neuer Diskussion über politische pazifistische Strategien ziviler Konfliktbearbeitung, die unsere höchst realistische Alternative in der Öffentlichkeit klarer macht.

9. Kritik der Legitimationsideologien für Krieg (Humanitäre Intervention, Gerechter Krieg, Demokratisierung der Völker usw.) und aufzeigen, wie gegenwärtig die Menschenrechte in den Hintergrund geschoben werden zugunsten der Legitimierung von Kriegen durch Attentats-Terror.

Es geht darum, die mobilisierten Motivationen der Menschen – nicht zuletzt auch der vielen jungen – aufzugreifen und ihnen auf das Abenteuer der Befreiung der Menschheit von Krieg und Selbstzerstörung Lust zu machen.

Dabei können die unterschiedlichen Kräfte der sozialen Bewegungen spannend und wirkungsvoll zusammen arbeiten. Dahinter steht die große Gemeinsamkeit der Einsicht, dass Menschen wichtiger sind als Profite und Kooperation und dass friedliche Konfliktlösung unsere einzige Chance ist, der vielen Weltprobleme Herr zu werden.

Weitere Materialien auf der Website des Friedensratschlag: www.uni-kassel.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Die Vertriebenenverbände suchen die ganze Zeit Bündnispartner um zu verhindern, dass Polen Mitglied der EU wird. In dem Interview mit Kardinal Meisner, DOD Nr. 4/2003, eröffnen sie eine neue Konzeption: Mit Polen das konservative Lager stärken!

Bei Kardinal Meisner hört sich das so an: „… dann erinnere ich meine polnischen Gesprächspartner immer wieder daran: Wir brauchen weniger Eure polnischen Kartoffeln oder Eure polnische Butter, sondern wir brauchen viel mehr Eure polnische Religiosität und die damit verbundene Moralität in den großen Lebensfragen Europas. Das müsst Ihr einbringen! Hier dürft Ihr Euch nicht dem sogenannten westeuropäischen Geist anpassen, sondern Ihr müsst Euer eigenes Proprium bewahren. Dann könnt Ihr auch polnische Kartoffeln und polnische Milch mitbringen soweit das möglich ist.“ Und dann schmiedet Meisner ein Bündnis, um den Gottesbezug in die Europäische Verfassung zu verankern: „Also zunächst mal sollten sie sich mit den anderen katholischen Kirchen Westeuropas und mit allen christlichen Gemeinschaften Europas zusammenschließen, damit wir den Gottesbezug in die Europäische Verfassung hineinbringen. Denn ohne den Gottesbezug bleiben alle Wertvorstellungen im Unverbindlichen. Schließlich sind die sogenannten westlichen Werte keine Fetische, die so in der Luft schweben, sondern gehören einem Beziehungssystem an. Und der Beziehungspunkt darin ist Gott. Wenn dieser metaphysische Bezug aus der Europäischen Verfassung herausfällt, sind alle anderen humanitären Werte nicht mehr zu begründen.“ Meisner sagt, es gehe darum, sich den „liberalistischen Tendenzen entgegen(zu)stemmen“, und arbeitet damit an einer Provokationsstrategie, die man nicht unterschätzen sollte. Denn den fortschrittlichen und demokratischen Kräften muss es darum gehen, in der Europäischen Verfassung die traditionellen republikanischen Verfassungsaussagen z.B. aus der Französischen Revolution zu verankern: die vollständige Trennung von Kirche und Staat und das Territorialprinzip bei der Staatsbürgerschaft (und nicht das Blutsprinzip).

In einem zweiseitigen Artikel berichtet der DOD, dass das Thema „Flucht und Vertreibung“ jetzt verbindlicher Lehrstoff in Baden-Württembergs Schulen ist: „Für den 2- und den 4-stündigen Unterricht im Fach Geschichte der 12 und 13. Klasse (an den Gymnasien) stehen jetzt ‚Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und den Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa‘ und ‚Eingliederung und Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen‘ auf der Liste der verbindlichen Lehrinhalte.“

DOD, Nr. 4/2003, – jöd ■

The Germans to the Front - aber nur für den deutschen Imperialismus

Nation & Europa 4 - 2003

„Liebe Leserin, lieber Leser! Der Redaktionsschluß dieses Heftes fiel zusammen mit dem amerikanischen Ultimatum an den Irak. Wie auch immer die Realität sein wird, wenn Sie diese Zeilen lesen – eines steht fest: Die US-Politik widerspricht Vernunft und Moral, dem Völkerrecht und den Wünschen nahezu aller Menschen. Bereits die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist ein Verbrechen gegen den Frieden."

Diese Zeilen könnten der Anfang eines Flugblattes der Friedensbewegung sein, dem Editorial einer linken oder linksliberalen Zeitschrift oder einer Gewerkschaftsveröffentlichung entstammen – ginge der Text nicht weiter: „Unter jenem Vorwurf wurden 1946 in Nürnberg die politischen und militärischen Führer Deutschlands verurteilt und hingerichtet. Deshalb meinen wir: George W. Bush und seine Helfershelfer gehören nach Den Haag vor den Internationalen Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen".

Dieser Text steht auf dem Titelblatt der Aprilausgabe von „Nation & Europa", die Worte „Verbrechen gegen den Frieden" durch Größe und Farbe hervorgehoben. Wir zitieren ihn ungekürzt, weil er den geschichtsrevisionistischen Teil der sich als friedensbewegt tarnenden rechten Argumentation geradezu idealtypisch aufzeigt: Die in Nürnberg verurteilten und hingerichteten Naziführer waren Politiker und Militärs wie andere auch. Ihre Verbrechen stehen keineswegs einmalig in der Geschichte der Menschheit dar. Selbst der Präsident der USA verhält sich wie sie. Da nicht damit zu rechnen ist, dass er auf der Haager Anklagebank landen wird, hätte auch die Nazi-Elite nicht vor Gericht gehört. Dazu kommen sprachliche Feinheiten: Die in Nürnberg Verurteilten waren nicht eines Verbrechens gegen den Frieden schuldig, dieses Verbrechen wurde ihnen lediglich vorgeworfen. Während es sich bei den einen um die „politischen und militärischen Führer Deutschlands" handelte, scheint es sich bei den anderen um den Chef eines Verbrechersyndikates zu handeln: „George W. Bush und seine Helfershelfer". Auf diese Weise werden Stimmungen gemacht, ohne das Gemeinte beim Namen zu nennen.

KARL RICHTER demonstriert in seinem Beitrag „Auslandseinsätze statt Landesverteidigung: Bundeswehr am Scheideweg" die militärpolitische Argumentation der Rechten. An eine Aussage von Verteidigungsminister Struck anknüpfend schreibt er: „Das letzte Mal, daß deutsche Soldaten am Hindukusch standen, war während des Ersten Weltkrieges. Sie sollten...zur Rebellion gegen die Engländer aufwiegeln, um so das Empire an der indischen Nordflanke zu bedrohen. Heute verfolgt die Bundeswehr in Afghanistan ander Aufgaben. Sie stellt einen Teil des ISAF-Kontingents, das im Auftrag der Vereinten Nationen in dem jahrzehntelang vom Bürgerkrieg erschütterten Land stabile Verhältnisse herstellen soll. Keine Rede mithin von der souveränen Wahrnehmung einer nationalen Sicherheitsaufgabe; eher erinnert der ISAF-Einsatz an das konzertierte Vorgehen der europäischen Mächte im chinesischen Boxeraufstand, als es hieß: ‚The Germans to the Front!' Im einen wie im anderen Fall muß die Frage erlaubt sein, inwieweit der Einsatz deutscher Soldaten unter internationalem Kommando deutschen Interessen dient - oder nicht vielmehr solchen, die letztlich auf die Knebelung nationaler Souveränität hinauslaufen".

Also: Der Weltkriegseinsatz deutscher Soldaten vor knapp 90 Jahren war gut weil er die „souveräne Wahrnehmung einer nationalen Sicherheitsaufgabe" war. Imperialismus und Krieg sind dann gut, wenn es sich um den direkten eigenen Vorteil handelt. Und das heißt natürlich, für den militärischen Kampf um diesen Vorteil gerüstet zu sein: „...liest man die Reformpapiere aus dem Verteidigungsministerium, dann drängt sich regelmäßig der Eindruck auf, Hauptzweck bundesdeutscher Sicherheitspolitik sei nicht die Herstellung von Sicherheit, sondern das Erzielen von Sparerlösen. Ein gefährliches Spiel...Jeder eingesparte Euro, der nicht für Waffen, Gerät und Modernisierungsvorhaben ausgegeben wird, untergräbt die Einsatz- und Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte".

Die angestrebte hochaufgerüstete Armee wird zu verschiedenen Zwecken benötigt: Einmal zur militärischen Abwehr von Flüchtlingen („...Spanien und Italien können ein Lied davon singen, was es bedeutet, lange Küsten und chronisch zu wenig Mittel zu ihrer Sicherung zu haben"), zum anderen, zur bewaffneten Intervention in anderen Staaten („Auch der Aufbau effizienter, hochbeweglicher Interventionskräfte zur ‚territorialunabhängigen Krisenbewältigung' wird durch die aktuellen Streich- und Sparbeschlüsse konterkariert").

Das Ziel der propagierten Aufrüstungspolitik ist klar: Deutschland soll beim Kampf um die Beute imperialistischer Politik gegen die USA gestärkt werden: „Schon jetzt läßt sich absehen, daß die Deutschen nicht darum herumkommen werden, früher oder später wieder eigene Interessen zu definieren - und wahrzunehmen. Dieser Prozeß mag noch eine Zeitlang im Rahmen der Vereinten Nationen weiterlaufen, aber es werden zunehmend andere Prioritäten in den Vordergrund treten: europäische Sicherheitsinteressen, möglicherweise eine spezifisch deutsch-französische Arbeitsteilung im Rahmen des ‚alten' Europa, das sich unversehens von einem Kordon amerikanischer Vasallen umgeben sehen wird...".

Bei diesem Szenario geht es um imperialistische Machtpolitik pur – die Friedensphrasen sollen nur darüber hinwegtäuschen. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507